

Wöchentlich 65 Pf., monatlich 1.80 M. im voraus zahlbar. Postbezugs 4.30 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 75 Pf. Verteilungsgebühren. Auslandsendungen 4.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Wochenausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“. Illustrierte Beilagen „Welt und Zeit“ und „Kinderfreund“. Ferner „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Technik“, „Blitz in die Bäderwelt“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die ständige Korrespondenzstelle des „Vorwärts“ befindet sich in Berlin, Wilhelmstraße 10. Fernschreiben sind an die Redaktion zu richten. Fernsprechnummer 23 11 11. Die Redaktion ist von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Die Druckerei befindet sich in Berlin, Wilhelmstraße 10. Die Druckerei ist von 7 bis 17 Uhr geöffnet.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 2.

Schwere Krise in Warschau

Offiziere verhindern die Eröffnung des Parlaments.

Warschau, 31. Oktober. (Eigenbericht.)

Am Donnerstag nachmittag um 4 Uhr sollte der Sejm zu seiner ordentlichen Budgettagung zusammen-treten. Die Vorhalle des Parlaments war eine Viertelstunde vor der in Aussicht genommenen Eröffnung von etwa 100 Offizieren demonstrativ besetzt worden; nicht ein einziger war im Besitz einer Eintrittskarte für den Sejm. Der sozialistische Präsident des Parlaments Dajzynski ließ die Offiziere unter Hinweis auf die Verletzung der Hausordnung auffordern, das Gebäude unverzüglich zu verlassen. Dieser Aufforderung wurde nicht entsprochen. Als dann Marschall Pilsudski erschien, führte der Sejmpräsident über das Verhalten der Offiziere Beschwerde und forderte nochmals Räumung der Vorhalle. Der Kriegsminister gab jedoch den Offizieren den Abmarschbefehl nicht und billigte damit die Provokation der Offiziere.

Kurz vor 17½ Uhr betrat Pilsudski das Zimmer des Sejmarschalls und forderte ihn auf, die Sitzung zu eröffnen. Dajzynski erwiderte, daß er dieser Aufforderung nicht nachkommen könne. Pilsudski stellte darauf die kurze Frage: „Ist das Ihr letztes Wort?“ Als der Sejmarschall mit „Ja“ antwortete, verließ Pilsudski den Raum und fuhr aus dem Sejm ab.

Der Sejmarschall begab sich daraufhin zum Staatspräsidenten Koszyski und teilte ihm mit, daß er dessen Verordnung, nämlich die Eröffnung der Tagung nicht durchführen könne, solange die Offiziere das Parlamentsgebäude nicht verlassen.

Der Staatspräsident hat angesichts der unlös-baren Lage dem Sejmarschall Dajzynski geraten, die Sitzung zu vertagen. Der Aeltestenrat hat sich der Auf-fassung Dajzynskis angeschlossen, die Sitzung nicht zu er-öffnen, solange die Offiziere die Vorhalle besetzt halten. Daraufhin wurde der Beschluß gefaßt, den Sejm vor-läufig zu vertagen. Die Abgeordneten werden über den Termin der nächsten Sitzung drakhtlich unterrichtet werden. Die Lage bleibt vollkommen ungeklärt.

Nach der Verfassung hat das Parlament im Oktober zur Budgetberatung zusammenzutreten. Die Hinausschiebung des Sessionsbeginns bis zum äußersten Termin war eine neue Bestätigung des Zustandes, in dem Polen sich nun schon jahre-lang befindet: an der Grenze von Verfassungsmäßigkeit und Militärdiktatur.

Die Besetzung des Sejmgebäudes durch 100 Offiziere mag auf persönlicher Verabredung, wohl auch auf „Anregung“ jener Obersten beruhen, die Polen regieren. Diese Offiziere wollen in den Sejm gegangen sein, um Pilsudski zu „schützen“. Gefahr droht ihm von seinen politischen Gegnern nicht. Ob seine Freunde nicht im Interesse des Ansehens ihres Landes Anlaß genug hätten, ihn der Aktivität zu entziehen, ist eine andere Frage.

Wenn der Sejmpräsident Dajzynski ablehnte, die Sitzung zu eröffnen, da die Offiziere sich weigerten, das Gebäude zu verlassen, so hat er damit nur getan, was die Würde der Volksvertretung vorschreibt. Sie muß voll-kommen frei tagen, sie darf keinerlei Druck ausgeübt sein. Die Volksvertretung darf nicht in Gefahr sein, daß bei irgendeiner Aeußerung eines Redners Bewaffnete in den Saal stürmen und die Verhandlungsfreiheit auch nur an-tasten. Diese Gefahr bestand aber, denn sofort in der ersten Sitzung sollten Mißtrauensanträge der Linken gegen die Gesamtregierung eingebracht werden. An ihrer Annahme ist gar nicht zu zweifeln; freilich hat der Bruder Pilsudskis, der Abgeordnete ist, schon leghthin öffent-lich angekündigt, die Regierung werde in diesem Falle zwar zurücktreten, aber sofort eine ganz ähnliche Regierung ernannt werden, d. h. fast lauter Militärs aus dem Pilsudski-Lager!

Man wird in Polen hoffentlich fühlen, wie beschä-mend das gestrige Schauspiel ist, das noch dazu so rasch auf den starken Vinksrud im Nachbarstaat der Tschekoslowakei gefolgt ist.

Die Vertagung.

Warschau, 31. Oktober.

Nach vierstündigem Warten traf das Antwortschreiben des Staatspräsidenten ein, in welchem er den Sejmarschall an Marschall Pilsudski als Vertreter des erkrankten Ministerpräsidenten Koszyski verwies. Dajzynski hatte hierauf die oben gemeldete Unterredung mit Pilsudski. Kurz darauf wurde an die Abgeordneten

ein Schreiben des Sejmarschalls im Einverständnis mit dem Aeltestenrat verteilt, worin Dajzynski erklärte, er habe es unter der Würde des Parlaments, die Session unter der Drohung von Pistolen und Säbeln zu eröffnen,

und daß er deshalb die Sitzung vertage. Die Abgeordneten ver-ließen das Haus, während die Offiziere noch weiterhin im Vorhof „hinwaktierten“.

Es ist nur dem Geschick und der Festigkeit des Sejmarschalls Dajzynski zu verdanken, daß der Konflikt nicht eine ge-walttätige Lösung erfahren hat.

Da der 1. November in den katholischen Ländern Feiertag ist, wird die Eröffnungssitzung wahrscheinlich auf Montag verschoben werden.

Abmarsch der Offiziere.

Warschau, 31. Oktober, 23 Uhr. (Eigenbericht.)

Noch ist der Stadtkommandant von Warschau im Sejmgebäude erschienen und hat den Offizieren be-fohlen, es sogleich zu verlassen.

Der Eindruck in Warschau.

Warschau, 31. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Ereignisse im Sejmgebäude wurden in der Hauptstadt schnell bekannt und führten nachhallige Bewegung herbei. Die Ar-better strömten von den Betrieben in die Lokale der sozialdemo-kratrischen Organisation, wo das Unterfangen der Offiziere als deut-liches Zeichen des Stalles der Situation erdert wurde.

Eine Extraausgabe des „Robotnik“, um die man sich in den Straßen rih, konnte erst zum Teil mit einständiger Verspätung verbreitet werden, da die Polizei ohne jeden Rechtsgrund das Haus der Arbeiterzeitung so lange besetzt hielt, bis die Erlaubnis der Zensurstelle vorlag.

Die Hugenberg-Pleite.

Beim Reichswahlleiter sind bisher für insgesamt 34 585 399 Stimmberechtigte 3 299 152 Eintragungen gezählt worden. Der Durchschnittswahl beträgt 9,54 Proz. Es stehen noch die Ergebnisse für 6 693 000 Stim-m-berechtigte aus.

Allgemeine Zinsenkung.

In New York, Amsterdam und London.

New York, 31. Oktober.

Die New-Yorker Bundesreservebank hat ihren Diskontsatz von 6 auf 5 Proz. ermäßigt.

Amsterdam, 31. Oktober.

Die Niederländische Bank hat ihren Diskont mit Wirkung vom 1. November von 5½ auf 5 Proz. herabgesetzt.

London, 31. Oktober.

Die Bank von England hat ihre Diskontsrate von 6½ auf 6 Proz. ermäßigt.

Um die Liquidationsüberschüsse.

Ein unhaltbarer Beschluß der britischen Regierung.

London, 31. Oktober.

Die englische Regierung hat das deutsche Ersuchen abgelehnt, die Liquidationsüberschüsse gemäß den Empfehlungen des Young-Planes zurückzugeben.

Dieser Beschluß ist der Arbeiterregierung nicht würdig. Mag auch der Buchstabe der Verträge Eng-land Recht geben, dem Geist der Versöhnungspolitik ent-spricht dieser Standpunkt gewiß nicht. Das ist der britischen Regierung bereits vor der Haager Konferenz sogar in eng-lischen Blättern wie dem „Manchester Guardian“ vorgehalten worden und auch seitdem hatten sich die Proteste in England selbst gegen diese engherzige Auffassung gemehrt.

Tardieu beauftragt.

Paris, 12.30 Uhr nachts.

Nach einständiger Unterredung mit dem Präsidenten Doumergue verließ Tardieu das Elisee und teilte mit, daß ihn der Präsident mit der Bildung der Regierung beauftragt habe.

Er hat den Auftrag angenommen und beginnt am Freitag vormittag seine Besprechungen.

(Siehe auch 2. Seite.)

Beamte in Not.

Der Zusammenbruch der Bank für Deutsche Beamte.

Die Bank für Deutsche Beamte, eine Genossenschaftsbank mit über 20 000 Kunden, darunter etwa 16 000 Genossen-schaftsmitglieder, hat gestern plötzlich ihre Schalter geschlossen und ihre Zahlungsunfähigkeit erklärt. Polizei muß den Auf-gang zur Zentrale dieser Bank in der Wilhelmstraße schützen, vor den zwölf Filialen der Bank stehen die leidtragenden Beamten, beim Polizeipräsidenten von Berlin haben die Frauen von zahlreichen Polizeibeamten, ebenfalls Einleger der Bank, um Hilfe gebeten. Die Schließung der Bank erfolgte unter besonders traurigen Umständen. Wie bisher üblich, hatten die Behörden auf Wunsch der Be-amten die zum Monatsende fälligen Gehälter der Bank überwiesen. Die Leitung der Bank hat aber auch diese neu eingezahlten Gehälter bereits zur Deckung fällig gewordenen Verpflichtungen ausgegeben, und da es unmöglich war, neue Gelder zur Befriedigung der Einlegerforderungen zu beschaffen, mußten die Schalter der Zentrale und der zwölf Filialen geschlossen werden.

Jeder kann sich sehr leicht eine Vorstellung davon machen, wie es in den Beamten und Beamtenfrauen aus-sehen muß, die vertrauensvoll ihre Gehälter einer Bank überweisen und deren fristgemäße Auszahlung zum Ersten erwarten, und die dann plötzlich vor dem Nichts stehen. Aber auch wer seine Spargelder zur der Bank getragen hat, ist nicht in der Lage, auf diese Spargelder zurückgreifen zu können. In Tausenden von Berliner Beamtenfamilien ist Not und größte Sorge eingezogen, unmittelbar vor dem Winter, wo die Ausgaben sich häufen und wo mancher auf die Spargelder zurückgreifen muß, die er für Zeiten der Not und besondere Ausgaben bereitgestellt glaubte. So ist es begreiflich, daß zu Hunderten und Tausenden die betroffenen Beamten gestern vor den geschlossenen Gittern der Zentrale und ihrer Filialen standen, in der Hoffnung, daß die Schalter doch noch einmal geöffnet werden könnten.

Noch ist es ungewiß, wie groß die Verluste der Bank für Deutsche Beamte sein werden, ob es sich um eine mög-licherweise vorübergehende Zahlungsstörung handelt oder ob ein so großer Teil der Spareinlagen verloren sein wird, so daß eine Rettung der Bank nicht möglich ist. Die Bank für Deutsche Beamte ist eine Selbsthilfeeinrichtung von Beamten in der Form einer Genossenschaft, deren Kapital aus Ge-nossenschaftsanteilen von je 10 M. zusammengesetzt ist, und bei der die Genossen für eine Haftung bis 100 M. in An-spruch genommen werden können. Sowie man bis jetzt weiß, haben Ende August bei einem Genossenschaftskapital von 600 000 bis 700 000 M. die Einlagen 13 bis 14 Millionen Mark betragen, und die Bank für Deutsche Beamte war in der Lage, gelegentlich von Fusionsverhandlungen mit der Zentralbank für Deutsche Beamte rund 5½ Millionen Mark erste Sicherheiten für von der Zentralbank gewährte Zwischenkredite zu stellen. Es ist also mit einiger Bestimmtheit anzunehmen, daß ein relativ großer Teil der Einlagen nicht bedroht ist. Die Bank für Deutsche Beamte hat aller-dings mit dem Deutschen Beamtenbund und auch mit dem Deutschen Beamtenwirtschaftsbund nichts zu tun und ist als eine private Genossenschaftsbank anzusehen. Bemühungen, der Bank für Deutsche Beamte dem Deutschen Beamtenbund, das heißt der Zentralbank für Deutsche Beamte anzugliedern, waren umsonst. An dem Widerstand der Direktion der Bank ist es auch gescheitert, daß sich die Bank für Deutsche Beamte durch den Revisionsverband der Beamten-genossenschaften kontrollieren ließ, dessen Kontrolle für die Sicherheit der Ein-lagen wenigstens eine gewisse Gewähr geboten hätte. So erfolgte die Kontrolle durch eine Treuhändergesellschaft des Reichslandbundes; die Geschäfte der Bank wurden außerhalb jeder Kontrolle der Beamten-genossenschaften geführt.

Die Bank für Deutsche Beamte war schon längere Zeit in Schwierigkeiten. Im vorigen Jahre hat sie rund anderthalb Millionen Mark verloren an einem dunklen Beleihungsgeschäft, das mit dem Prinzen August zu Hohenlohe-Dehringen gemacht wurde. Weitere Verluste, man spricht von 400 000 M., traten in Kreditgeschäften mit einem Autodrochaken un-ternehmen ein. Wie schon bei der vor wenigen Monaten zusammengebrochenen, unter deutscher nationaler Füh-rung stehenden Berliner Beamtenvereini-gung, handelt es sich auch hier um Geschäfte, die dem Zweck einer Genossenschaftsbank absolut zuwiderlaufen. Als die Lage der Bank schwierig geworden war, suchte man eine Sanierung durch Verschmelzung mit anderen Banken herbei-zuführen. Der Versuch einer Verschmelzung mit der Zentral-bank für Deutsche Beamte ist gescheitert. Der Zu-sammenbruch der Bank wurde dadurch herbeigeführt, daß die Zentralbank für Deutsche Beamte früher in Erwartung der möglicherweise erfolgenden Verschmelzung gewährte Kredite im Betrage von 1,9 Millionen Mark zurückzog. Die Bank für Deutsche Beamte hatte zwar aus dem früher erfolgten Verkauf der 2,3 Millionen Aktien der Bekleidungs-gesellschaft für deutsche Beamte an die heute von Jakob Michael fon-

troillierte Debewa noch beträchtliche Forderungen. Diese Forderungen können aber nicht flüssig gemacht werden.

Leider ist kein Zweifel darüber, daß hier sowohl den Vorstand, als auch den Aufsichtsrat der Bank eine schwere Schuld trifft. Es ist mit den Geldern der Einleger in unrentmoralischer Weise gewirtschaftet worden, die Direktoren haben sehr hohe Gehälter bezogen, und es war eine maraillische Untreue aller Art, daß in demselben Augenblick, in dem die Gehälter der Beamten von den Behörden auf den Wunsch der Beamten überwiesen worden waren, diese Gehälter zur Abdeckung von Schulden verwendet wurden, so daß den allerdringlichsten Auszahlungsverpflichtungen nicht mehr genügt werden konnte. Auf der anderen Seite war es bekannt, daß schon vor mehreren Monaten die Oberpostdirektion Berlin die Schecks der Bank für Deutsche Beamte wegen des durch die verfehlten Kreditgeschäfte entstandenen Mißtrauens zurückgewiesen hatte; es wäre die Pflicht des Aufsichtsrates gewesen, die Genossenschaftsmitglieder über die gefährliche Situation aufzuklären.

Aber alle diese Ueberlegungen über die Schuldfrage helfen nicht über die augenblickliche Not hinweg, die in den Familien der Beamten eingetreten ist. Die Beamten können nicht warten, bis ein neues Monatsgehalt fällig wird; es muß den Beamten sofort in irgendeiner Form geholfen werden. Das mindeste, was geschehen müßte, wäre die Auszahlung von Vorschüssen auf die späteren Gehaltsbezüge. Die Genossenschaftsmitglieder selbst müssen auf der anderen Seite darauf dringen, daß die wirkliche Lage der Bank so schnell wie möglich klargestellt wird. Die Verantwortung des Vorstandes muß festgestellt und die Frage der Haftung, die die Genossenschaftsmitglieder sehr ernst treffen kann, geklärt werden. Auch die Zentralbank für Deutsche Beamte, sowie die ihr nahestehenden Beamtenvereine können sich der Pflicht nicht entziehen, alles zur Rettung der Bank und das unbedingt Notwendige zur Erleichterung der Notlage der betroffenen Beamten zu tun.

Hinter diesem neuen Drama in der Geschichte der Beamtenbanken verbirgt sich ein allgemeines volkswirtschaftliches Problem. Seit dem Ende der Inflation war die Lage der deutschen Beamten immer besonders schwierig. Die Beamten waren schlecht bezahlt, und sie mußten zu Krediten ihre Zuflucht nehmen. So kam es, daß in Deutschland immer wieder und überall Beamtenbanken gegründet wurden, die als Selbsthilfeorganisationen Sparanlagen der Beamten sammelten und zur Gewährung von Darlehen verwenden sollten. So muß man die praktische Notwendigkeit von geldwirtschaftlichen Selbsthilfeeinrichtungen der Beamtenwelt zugestehen. Aber es war ein großer Fehler bei diesen Gründungen, daß sie nicht unter zentraler Kontrolle genommen werden konnten, und daß der Einfluß der Beamtenvereine nicht ausreichte, diese Kontrolle zu erzwingen. Auch der Zusammenbruch der Bank für Deutsche Beamte in Berlin, der Zehntausende jetzt durch Verluste in Not bringt, ist auf diese mangelnde Kontrolle bei der Gründung und Führung von Beamtenbanken zurückzuführen.

Volkspartei und Außenministerium.

Curtius soll Außenminister werden, neuer Mann für das Wirtschaftsministerium.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei trat am Donnerstag zu einer Sitzung zusammen, die sich über den ganzen Tag erstreckte. Ueber den Verlauf erzählt das Nachrichtenbureau des Vereines Deutscher Zeitungsverleger, daß Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius auf Wunsch zunächst einen kurzen Bericht über die politische Lage unter besonderer Berücksichtigung der schwebenden außenpolitischen und reparationspolitischen Verhandlungen erstattete. Die Fraktion befaßte sich mit der Fortsetzung ihrer bisherigen Politik. Sie ist mit der Uebernahme des Reichsaußenministeriums durch den bisherigen Wirtschaftsminister Dr. Curtius einverstanden und beansprucht für die Fraktion die Befehung des Reichs wirtschaftsministeriums. Mit besonderer Genugtuung wurde davon Kenntnis genommen, daß der Gesundheitszustand des Fraktionsvorsitzenden Dr. Scholz sich wesentlich gebessert habe.

Wahlrechtsraub in Württemberg.

Demokraten gegen demokratisches Gemeindegewahlrecht.

Stuttgart, 31. Oktober. (Eigenbericht.)

Die bürgerlichen Parteien des Württembergischen Landtages von der Rechten bis zu den Demokraten haben in der Donnerstagssitzung trotz der eindringlichen Warnungen der Sozialdemokratie eine Verschlechterung des Gemeindegewahlrechts beschlossen, indem sie die Laufzeitdauer in einer Gemeinde, welche die Voraussetzungen für die Ausübung des Wahlrechts bildet, von sechs Monaten auf ein Jahr ausgedehnt haben. Dieser Beschluß soll insbesondere das Wahlrecht der industriellen Arbeiterschaft und damit ihren Einfluß auf die Gemeindepolitik einschränken.

Die Sozialdemokratie wird es nicht daran fehlen lassen, diese unsoziale und plutokratische Haltung der bürgerlichen Parteien vor den Arbeitertreibern, die heute noch zur Anhängerschaft dieser Parteien gehören, ins rechte Licht zu setzen.

Die Bombenuntersuchung.

Ein weiteres Geständnis Herbert Schmidts.

Die Justizpressestelle teilt mit: In der Voruntersuchung wegen der Bombenattentate hat heute der verhaftete Herbert Schmidt vor dem Untersuchungsrichter, Landgerichtsdirektor Masur, ein weiteres Geständnis abgelegt. Er hat zugegeben, daß er zusammen mit einem Unbekannten den Handgranatanschlag in Wesselsburen in der Nacht vom 5. zum 6. April dieses Jahres begangen hat. Er beschuldigt den wegen Beteiligung an anderen Attentaten bereits in Untersuchungshaft befindlichen Klaus Hein, daß er ihn zu der Straftat angeflistet und beide Täter in seinem Auto an den Tatort gefahren und von dort zurückbefördert habe.

Schweizer Gewerkschaftsbund für aktive Regierungspolitik. In der Frage der Beteiligung der Sozialdemokratischen Partei am Bundesrat ist das Bundeskomitee des Schweizer Gewerkschaftsbundes einstimmig zu dem Entschluß gekommen, daß eine solche Beteiligung sehr zu begrüßen wäre. Es gibt daher der Erwartung Ausdruck, daß der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei vom 30. November klar und deutlich sich auf diesen Boden stellen möge.

Auch Clémentel gescheitert.

Tardieu als Nachfolger?

Paris, 31. Oktober. (Eigenbericht.)

Clémentel hat auf die Kabinetsbildung verzichtet.

Am Donnerstagabend machte Clémentel noch einen Versuch, sich mit der radikalsozialen Kammerfraktion zu verständigen. Er bat Daladier, das Ministerium des Inneren anzunehmen, sich jedoch wiederum auf eine sehr entschiedene Ablehnung, die ihren Grund darin gehabt haben soll, daß Tardieu, Voucher und Chéron gegen seinen Eintritt in ein Kabinett der Mitte protestierten. Daraufhin gab Clémentel, der

sich keinerlei Illusionen mehr darüber hingeben konnte, daß er in der Kammer das Gros der radikalsozialen Gruppe gegen sich haben würde, seinen Auftrag an den Präsidenten der Republik zurück.

Es wird nunmehr mit einem Auftrag an Briand oder Tardieu gerechnet.

Tardieu zu Doumergue gerufen.

Paris, 31. Oktober.

Um 9 1/2 Uhr hat Präsident Doumergue den Abgeordneten Tardieu ins Elisee berufen.

Bevorrechtung der Unternehmer.

Sämtliche gewerkschaftliche Spitzenorganisationen protestieren.

Der Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Industrie protestiert in einer Entschiedenheit dagegen, daß an den Reichsbahnverhandlungen in Paris Vertreter der Eisenbahngewerkschaften teilnehmen. Er unterläßt es, hinzuzufügen, daß an diesen Verhandlungen auch leitende Persönlichkeiten der Reichsbahn beteiligt sind und daß daher nur dem Artikel 163 der Reichsverfassung Genüge geschieht, der die Gleichberechtigung von Arbeitnehmern und Unternehmern gewährleistet. Im vorliegenden Falle ist die Teilnahme von Gewerkschaftsvertretern um so mehr erforderlich, als die Regelung der zukünftigen Dienstverhältnisse und Arbeitsbedingungen einen der Hauptberührungspunkte bildet, weil die Reichsbahnverwaltung unter dem starken Einfluß industrieller Kreise leider hartnäckig versucht, mit Hilfe der ausländischen Verhandlungsgegner die ungünstigen sozialen Sonderbestimmungen für die Eisenbahner aufrecht zu erhalten.

Um die Verhandlungen über das Reparationsproblem nicht zu gefährden, und um dem Auslande gegenüber geschlossen aufzutreten, haben wir gegen die einseitige Ernennung von Vertretern der Industrie und der Banken als Sachverständige für den Young-Plan, die uns erst durch Zeitungsnachrichten bekannt wurde, keinen Einspruch erhoben. Von einem Protest haben wir aus dem

gleichen Grunde abgesehen, als nur Bank- und Industrievertreter in die Delegation aufgenommen wurden, die im Haag die deutschen Interessen zu vertreten hatte.

Nachdem aber der Reichsverband der Deutschen Industrie es für angemessen hält, gegen deutsche Delegierte — noch dazu mitten in den Verhandlungen — zu protestieren, sind wir gezwungen, auch unsererseits offen Stellung zu nehmen.

Wir erheben nunmehr schärfsten Einspruch dagegen, daß zum Verhandlungsführer für die Saarfragen ein Mitglied der Deutschen Industrie ernannt wird und eruchen die Regierung, diesen Vertreter alsbald zurückzuziehen, um die Verhandlungsführung objektiven Vertretern der Reichsregierung ohne industrielle Kontrolle zu überlassen.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund: Graßmann.

Allgemeiner freier Angestelltenbund: Aufhäuser.

Deutscher Beamtenbund: Flügel.

Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände (S.-D.): Lemmer.

Deutscher Gewerkschaftsbund: Imbusch.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund: Falkenberg.

Braunkohle und Hafenkreuz.

Der Replikationsfonds des Syndikats — Bis her 2 Millionen ausgegeben.

Auf unsere Feststellungen, daß die Deutschnationale Partei, der Stahlhelm und die Nationalsozialisten seit Jahren von dem Ostfeldischen Braunkohlensyndikat ausgefallen werden, haben bisher weder die Geldgeber noch die Geldnehmer reagiert.

Wir stellen deshalb zu der Sache weiter fest: Die Zahlungen an die rechtsputzlichen Organisationen sind seit dem Jahre 1923 üblich. Insgesamt dürften sie in den letzten Jahren 2 Millionen Mark weit übersteigen. Für die Zahlungen selbst besteht im Braunkohlensyndikat ein Geheimfonds, der sogenannte Replikationsfonds. Dieser Fonds wird von einem Generaldirektor Heubel und einem Obersteuermann A. Kersten verwaltet. Heubel gehört der Firma J. C. Hege an; Kersten ist zweiter Geschäftsführer des Syndikats. Beide haben in der Verwendung des Fonds völlig freie Hand. Sie brauchen den Geldgebern gegenüber keinerlei Rechnung zu legen. Die Zahlungen an die subventionierten Parteien bzw. Persönlichkeiten erfolgen durch den Braunkohlensyndikatsverein. Er wird sozusagen als Deckadresse benutzt.

Die Subventionen des Syndikats werden auf die einzelnen Bricketvertriebe unter Umkosten verbucht.

Die Reichshaushaltsordnung.

Beratung im Haushaltsausschuß.

In der Donnerstagssitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt wurde die Beratung der Reichshaushaltsordnung fortgesetzt. Es wurde zunächst ein Paragraph verhandelt, nach dem einmalige und außerordentliche Ausgaben für bauliche Unternehmungen des Reiches erst dann in den Haushaltsplan einzustellen sind, wenn Pläne und genaue Kostenberechnungen vorliegen. Die Regierungsvorlage wünscht, daß von dieser Regel unter gewissen Voraussetzungen Ausnahmen dann zulässig sein sollen, wenn es sich um bauliche Unternehmungen mit einem Kostenaufwand von vorauschätzungsweise weniger als einer Million Reichsmark handelt. Abg. Biedermann begründete einen Antrag, der diese Grenze auf 250 000 M. herabsetzt. Der Antrag wurde angenommen.

Einen breiten Raum in den Erörterungen nahm die politische und etatsrechtlich gleich wichtige Frage ein, ob die vom Reichstag für einen bestimmten Zweck bewilligte Ausgabe, soweit nicht der Vollzug eines zu dieser Ausgabe verpflichtenden Gesetzes in Frage steht, die Regierung zur Leistung solcher Ausgaben zwingt oder nur ermächtigt. Nach der Begründung der Vorlage vertritt das Reichsfinanzministerium uneingeschränkt den letzteren Standpunkt, ohne indessen diese Auffassung im Gesetz selbst zum Ausdruck zu bringen. Im Gesetz findet sich nur die Bestimmung, daß die Haushaltsmittel wirtschaftlich und sparsam zu verwalten sind, und bei den einzelnen Zweckbestimmungen nur insoweit in Anspruch genommen werden dürfen, als es zur wirtschaftlichen und sparsamen Führung der Reichsverwaltung erforderlich ist. Aus diesem Wortlaut glaubt die Regierung den Schluß ziehen zu dürfen, daß sie, außer in den Fällen von auf gesetzlicher Grundlage ruhenden Ausgaben, von der Leistung endgültig beschlossener Ausgaben noch ihrem Ermessen auch absehen kann.

Der Vorsitzende wies auf den großen Mangel an Uebereinstimmung hin, der zwischen dem Gesetzestext und solcher Begründung besteht, und vertrat in Uebereinstimmung mit dem Reichsfinanzminister den Standpunkt, daß man diese außerordentlich schwierige und noch

nicht genügend geklärte Frage wie bisher in der Schwere lassen sollte. Auf der anderen Seite ginge es nicht an, daß der Ausschuß diese Begründung stillschweigend hinnehme. Es könnte sonst eine spätere Regierung einmal aus solchen Stillstimmungen die Schlussfolgerung einer Zustimmung des Haushaltsausschusses ziehen. Er schlug vor, in das Protokoll eine entsprechende genau formulierte Erklärung aufzunehmen.

Diesem Vorschlag widersprachen die Abg. Bernhardt (Dem.) und Morath (Dt. Sp.). Sie verlangten, daß schon jetzt etwas geschehe und eine wenn auch dehnbare Bestimmung in das Gesetz aufgenommen werde. Als solche schlugen sie folgenden Zusatz vor: „Die Einsparungen dürfen dem vom Reichstag bei der Bewilligung der Ausgabe beabsichtigten Willen nicht zuwiderlaufen.“

Noch sehr eingehender Beratung, an der sich alle Fraktionen und von der sozialdemokratischen Fraktion außer dem Vorsitzenden die Abg. Stücklen und Heinig beteiligten, wurde dem Vorschlag des Vorsitzenden zugestimmt, der Antrag Bernhardt-Morath abgelehnt, wobei allerdings alle Parteien, außer den Kommunisten, erklärten, daß sie durch die Ablehnung nicht die Tendenz des Antrages verwerfen wollten.

Aus dem Reichsrat.

Republikshutzgesetz eingelaufen.

Der Reichsrat hielt am Donnerstag nachmittag unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Zweigert eine öffentliche Sitzung ab. Eingegangen sind die Entwürfe eines Reichsgesetzes und eines Republikshutzgesetzes, die den zuständigen Ausschüssen überwiesen wurden. Zur Erledigung kamen in der Sitzung nur kleinere Vorlagen, u. a. auch Denkschriften und Bemerkungen des Rechnungshofes des Deutschen Reiches zu den Reichshaushaltsrechnungen von 1918 bis 1924. Sie wurden durch Kenntnisnahme erledigt; die vom Rechnungshof festgestellten Etatsüberschreitungen wurden nachträglich genehmigt.

Ferner wurde angenommen die Verlängerung der Gültigkeitsdauer einer Verordnung über Zollerlag für Rohzucker um zwei Jahre. Danach soll Rohzucker, der als Verbrauchszucker wieder eingeführt wird, zollfrei eingeführt werden dürfen. Im Übrigen wurden noch eine ganze Reihe von Eingaben erledigt, die sich auf Brennerfragen bezogen.

Heimwehr-Provokation.

Arbeitern sollen Faschisten als Kollegen aufgezungen werden

Wien, 31. Oktober. (Eigenbericht.)

In der landwirtschaftlichen Maschinenfabrik Heidl in Stokerau bei Wien wurden entgegen dem bestehenden Kollektivvertrag ohne Wissen und ohne Zustimmung des Beiratsrats Heimwehrlaute eingestellt. Der Protest der Arbeiterschaft blieb erfolglos, so daß die Arbeiterschaft die Maschinenfabrik Heidl hinausdrängte. Daraufhin mobilisierte die Heimwehr einen Teil ihrer Anhänger, um in der Maschinenfabrik Heidl Ordnung zu schaffen. Etwa 174 Menschen trieben sie auf. Angesichts dieses Aufmarsches bemächtigte sich der Arbeiterschaft große Aufregung, so daß schließlich die Gendarmen eingriff und die Heimwehrlaute unter ihrem Schutz aus Stokerau abtransportierte.

Die Verhandlungen zwischen der Belegschaft des Werkes und dem Industriellenverband über die Einhaltung des Kollektivvertrages sind vorläufig noch nicht abgeschlossen.

Nach einer TIL-Nachricht soll die Schließung der Fabrik angekündigt worden sein für den Fall, daß die Arbeiter sich diese „Kollegen“ nicht aufzwingen lassen.

Gäbel und Sklaref.

Gäbel widerlegt kommunistische Sensationshefte.

Wie bereits berichtet, vernahm der Sklaref-Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtages am Donnerstag zunächst den sozialdemokratischen Bürgermeister von Köpenick, Kohl, der bis zum Jahre 1926 als unbescholtener Stadtrat Vorsitzender des Anschaffungsamtes der Stadt Berlin gewesen ist. Kohl konnte sämtliche Unterstellungen, die ihm gemacht worden sind, als ob er von den Sklarefs irgend etwas erhalten hätte, in vollem Umfang zurückweisen und aufklären. Sein Vorschlag, die städtische Kleiderverforgungs-Gesellschaft zu liquidieren und ihren gesamten Bestand an die Firma Sklaref zu verkaufen, ist nach Genehmigung durch Ausschussrat, Kammerer, Syndikus und Magistrat am 25. Juni 1925 von der Stadtverordnetenversammlung einstimmig debattellos gutgeheißen worden. Und da will man der Ausschussbehörde mangelnde Aufsicht der korrupten Stadterwaltung Berlin zur Last legen, weil sie nicht rechtzeitig in die Beziehungen zwischen Stadt und Sklaref eingegriffen hätte!

Auf die Frage, warum die Sklarefs eine bevorzugte Stellung als Lieferanten des Anschaffungsamtes gehabt hätten, gab der Zeuge Kohl eine besonders interessante Antwort: er hatte zwölf Decken von zwölf verschiedenen Firmen bestellt und legte diese Decken ohne Nennung der Lieferfirmen mit Preisangaben den Wirtschaftsdirektoren der städtischen Krankenhäuser vor; sie wählten die Sklarefsche Decke, und so wurde diese bestellt.

Von sämtlichen gegen Kohl erhobenen Vorwürfen blieb nur ein einziger unbeantwortet: die Frage des Kommunisten Kasper, warum seinerzeit der Direktor Kieburg angestellt worden sei, der von Hanje aus doch nur Buchdrucker gewesen wäre und sich deshalb keinesfalls zum verantwortlichen Leiter eines größeren Amtes eignen könne.

Den größten Teil der Nachmittags-Sitzung füllte die

Vernehmung des kommunistischen Stadtrats Gäbel

aus, der sich außerordentlich geschickt und wirksam verteidigte. Er habe in dreieinhalb Jahren 45 Beschwerden über die Lieferungen der Sklarefs bekommen und alle untersucht, ohne etwas wirklich Gravierendes zu finden. Von den Krediten der Sklarefs bei der Stadtbank hätte er keine Ahnung gehabt, obwohl er Mitglied des Verwaltungsrates der Stadtbank sei. Die Verlängerung des Monopolvertrages mit den Sklarefs um fünf Jahre habe er in gutem Glauben vorgenommen. Auch der Magistrat hätte damals, wenn er zufällig auf die Idee gekommen wäre, einen Magistratsbeschluss herbeizuführen, bedenkenlos zugestimmt. Er habe mit einem der Brüder Sklaref privatim verkehrt, aber keinerlei Gefälligkeiten von ihm erfahren. Seine Anzüge habe er sich bei der KVO, machen lassen, aber nicht etwa bei einem ausgeuchten feinen Schneider, sondern wirklich bei der KVO; er habe sie auch bezahlt.

Auf die Frage des sozialdemokratischen Abgeordneten Drüger, warum die „Rote Fahne“ behauptet hätte, die Sklarefs hätten der Stadt für 400 Millionen Schund geliefert und er selbst sei als korruptes Element in großem Boden aus der Partei hinausgeschoben, erwiderte Gäbel:

der ganze Umsatz habe höchstens 40 Millionen betragen und seiner Uebersetzung nach sei es kein Schund gewesen.

Im übrigen wollte er sich über sein Verhältnis zur kommunistischen Partei nicht äußern. Gäbel schwieg daher auch auf die Frage, ob er die Bezeichnung „gewerbsmäßige Verleumder“, die er auf die „Redakteure des „Tempo“ angewendet hatte, auch auf die „Rote Fahne“ ausdehnen wolle.

Es läßt sich nicht verheimlichen,

dass Gäbel für die Interessen der Sklarefs einen ganz besonderen Eifer an den Tag gelegt hat

und dass ihre Wünsche bei ihm in einem Maße und mit einer Schnelligkeit herbeigeführt worden sind, wie das sonst wohl bei Behörden gar nicht vorkommt. Aber in der heutigen Vernehmung ist ihm jedenfalls nicht nachgewiesen worden, dass er das um persönlicher Vorteile willen getan hätte. Seine Versicherung, dass er im besten Glauben gehandelt hätte, ist nicht widerlegt.

Doch er die Zuwendungen der Sklarefs an die Rote Hilfe vermittelt hat, wird ihm ein gerechtfertigter Mensch schwerlich als Verbrecher anrechnen können. Warum sollte er nicht als Kommunist Bürgerliche, die er für anständige, reiche Geschäftsleute hielt, um Unterstützung eines Wohlfahrtsunternehmens seiner Partei anhebeln? Das Standeslos am Fall Sklaref ist doch nur, dass eine derartige Beurteilung der Handlungsweise eines Menschen von den Kommunisten bei ihren politischen Gegnern nie zugelassen wird. Von deutsch-nationalen Verleumderblättern ganz zu schweigen.

Frau Stadtrat Wepl, die den Sklaref-Vertrag in Vertretung des Bürgermeisters mitunterzeichnet hat, gab an, dass Gäbel persönlich mit dem Vertrag zu ihr gekommen sei, ihr versichert hätte, dass die Sache in Ordnung ginge, ihr ein juristisches Gutachten vorgelegt hätte, wonach sie getrost unterschreiben könne und dass sie es ohne alle Bedenken getan hätte.

Da von den Kommunisten niemand eine Frage an die Genossin Wepl richtete, mussten die sozialdemokratischen Ausschussmitglieder die Frage nach dem berühmten Doppelpatz aufwerfen. Die Antwort der Genossin Wepl lautete: Ich habe mit den Sklarefs weder geschäftlich noch persönlich in irgendwelchen Beziehungen gestanden, ich kenne sie überhaupt nicht. Selbstverständlich habe ich von ihnen nie etwas erhalten. Einen Kery- oder Doppelpatz habe ich niemals befestigt.

Und die Kommunisten schwiegen weiter. Warum nur Herr Gäbel den Ausdruck „gewerbsmäßige Verleumder“ lediglich auf die Redakteure bürgerlicher Blätter angewendet hat?

Neuer Kurs in Australien.

Arbeiterregierung gegen zwangsweise Militärausbildung.

London, 31. Oktober. (Eigenbericht.)

Die australische Arbeiterregierung hat beschlossen, das gegenwärtige System der zwangsweisen Ausbildung sämtlicher wehrfähiger junger Männer zwischen 18 und 20 Jahren für die australische Armee abzuschaffen. An Stelle der jetzigen obligatorischen Ausbildung soll eine Neuregelung treten, über deren Charakter zurzeit noch nichts Näheres bekannt ist.

Woldemar spürt es sehr, daß er abgetan ist. Die Kommerzial-Universität gibt ihm seinen Lehrstuhl nicht wieder, weil er vier Semester ohne Urlaub gefehlt habe und zu den zahlreichen politischen Gelegenheiten aus der Zeit der Regierung Woldemars, die fast ausschließlich Sozialdemokraten oder Kommunisten sind, sind neuerdings 23 Woldemars gekommen, von der neuen Regierung interniert.

Nun geht es los!



Nach der Pleite des Eugenbergischen Volksbegehrens wird unverzüglich mit dem Export deutscher Sklaven begonnen. Unser Bild zeigt das Eintreffen des ersten Transportes auf dem Viktualienmarkt von Timbuktu.

Der Rotfrontsumpf.

Rechtsextremistische Enthüllungen über Leow.

Die „Rote Fahne“ schweigt sich über den Fall Leow sehr gründlich aus, aber das Organ der Rechtsextremisten „Gegen den Strom“ redet. Es schreibt:

„Im Interesse der Reinigung der revolutionären Bewegung von unsauberen Elementen wollen wir aus unserer Wappe einiges zum Fall Leow beisteuern. Genosse K. Schreiner schrieb am 24. August 1927 zur Begründung seines freiwilligen Austritts aus der Bundesführung des RFB ein längeres Memorandum an das ZK der KPD. (Abgedruckt in der Broschüre von Werner Jurr: Um die proletarische Wehrorganisation. Junius-Verlag.) In diesem Schreiben heißt es u. a.:

„Vorläufe für den Posten eines Kassierers wurden unter den wichtigsten Vorwänden abgelehnt, obwohl die Bundeskasse fast ein Jahr ohne verantwortlichen Kassierer war. Dagegen brachte Leow alsbald Freunde in der Bundesleitung unter. So brachte er 1925 einen gewissen Horst an, der eben eine längere Strafe als krimineller Gefangener absolviert hatte. Trotz meiner Warnung wurde derselbe eingestellt und wurde zur rechten Hand Leows. Nach seiner nach Monaten erfolgten Entlassung veränderte derselbe seine erwerblichen Kenntnisse und sein Verhalten zu großen Unterschlagungen in den Gauen, deren Kassen er angeblich im Auftrag der Bundesführung um beträchtliche Summen erledigte.“

Zu den intimsten Helfern Leows in der Bundesleitung des RFB gehörte ein gewisser Timm. Der wurde von Leow im Frühjahr 1927 gegen die wiederholten Proteste verschiedener Bundesleitungsmitglieder zum Hauptverwalter der Kassen-Geschäfte für die Reichstreffen-Jahresgelder gemacht. Der auf der Düsseldorf Reichskonferenz März 1927 gewählte Kassierer Bill Sänger wurde von der Verwaltung und Kontrolle dieser Gelder ferngehalten. Bei der Revision nach dem Reichstreffen stellten die beiden Revisoren erhebliche Unregelmäßigkeiten fest. Einer der damaligen Revisoren schreibt uns auf Grund seiner Aufzeichnungen:

„Es ist wahr, daß die Revisoren, die am 9. und 10. Juli 1927 die Bundeskasse zu prüfen hatten, volle 8 Tage für ihre Arbeit gebraucht, weil eine solche Fülle von Mitteln und Umständen vorhanden war, die eine solche Zeitspanne zur Durchsicht erforderten. ... Einige Fälle der Mißwirtschaft mögen zur Illustration dienen:

Bei dem Reichstreffenkassierer Timm wurde eine Quittung von 2000 (zweitausend) Mark vorgelesen, über die keinerlei Auskunft über das woher und wohin zu erfahren war, weder bei dem gewählten Bundeskassierer noch bei anderen Mitgliedern der Bundesführung. T. gab zu seiner Entschuldigung an, daß Leow noch ein besonderes Konto verwaltete und daß die Quittung vielleicht anderswohin gehöre.“

Dieser Revisionsbericht war im Jk. der KPD. Gegenstand einer langen Untersuchung, deren Resultat die Vertuschung der Angelegenheit war. Hatte man doch auch den Bod zum Gärtner gefragt. Vorsitzender der Kommission war Ottomar Gschke, der den Revisoren zur Beruhigung erklärte, Leow sei erledigt. Die Revisoren beschworen — und Leow blieb. Er hat in dieser Zeit wiederholt geäußert: „Wenn ich falle fällt auch Thalmann.“

Ein anderer Fall. Nach dem erwähnten Reichstreffen wurde nicht Timm, nicht Leow gegangen, sondern der Bundeskassierer Sänger, angeblich, weil er zu „wenig politisch“ sei. S. hatte nämlich kein Verständnis für das eigene Bankkonto Leows, dessen Ein- und Auszahlungen kein Mensch kontrollieren konnte, und das S. ausfüllte. Es kam als Nachfolger ein Mann „mit mehr politischem Verständnis“ — Delsner.

Auch interessant: Eines Wille des Jahres 1926 irrte Leow „verzwweifelt“ in den Geschäftsräumen der Bundesführung umher, es sei ihm in den Geschäftsräumen seine Briefkassette mit einigen tausend Mark geklaut worden. Das Geld fand sich nicht wieder. Und alle Kundigen meinten: Wer weiß bei wem er geschlafen hat! Um dieselbe Zeit wurde der Vertrag zwischen dem Rot-Front-Verlag und der Inferat-Expedition ohne schriftlichen Grund erneuert. Anstatt der vorher festgesetzten 33% Proz. erhielt die Bundesleitung nur noch 30 Proz. von den riesigen Einnahmen für die Inferate in der „Roten Front“. Erst jetzt wurde uns aus der nächsten Umgebung der Geschäftsführung der Inferat-Expedition mitgeteilt, daß das einen Mehrgewinn von jährlich über 40 000 Mark für dieses „Privatunternehmen“ bedeute, deren Geschäftsführer „ehrenwerte Parteigenossen“ sind, die auf die Linie stehen, auf die mehr und mehr die gegenwärtige Parteiführung kommt.

Leow erhielt nach unserem Gewährsmann als Gegenleistung die 5000 Mark.

deren Herkunft der „Volkswille“ so schamhaft verschweigt, wobei wir nicht hoffen wollen, daß die Geschäftsleitung der Inferat-Expedition auch Leows Anklagen zum Schweigen bringt. Vielleicht ist in diesem Zusammenhang die bescheidene Anfrage an den „Volkswille“ gestellt, warum seine Gewährsmänner so schweigsam geworden sind?

Das sind sehr bestimmte Anklagen, die, wie wir zu wissen glauben, auch bewiesen werden können. Aber deswegen wird die „Rote Fahne“ darüber schweigen wie ein Grab.

Wild-Südost.

Vier Agrar-Polizisten niedergeschossen.

Belgrad, 31. Oktober.

Der Innenminister veröffentlicht folgendes Kommuniqué: Nach Mitteilung der Polizeibehörde in Agrar waren zwei Beamte, Jossif Keischou und Jossif Van, beauftragt worden, den Chauffeur Ivan Babitsch, der in einer Werkstat der Firma Siemens beschäftigt war, zur Polizeiwache zu bringen. Als die beiden Beamten den Fabrikhof betraten und Babitsch ihre Ausweisung zeigte, zog dieser, ohne ein Wort zu sagen, einen Revolver und feuerte auf die Beamten Schüsse ab, durch die Keischou sofort getötet und Van schwer verletzt wurde. Der Täter ergriff die Flucht. Da man annahm, daß sich Babitsch bei Freunden versteckt hielt, begab sich der Polizeibeamte Tromsky in Begleitung eines zweiten Beamten in die Wohnung des Mechanikers Granilovitsch. Da sie den Gesuchten dort nicht fanden, warteten die Beamten im Eingang des Hauses. Als Granilovitsch heimkehrte und die Beamten erlöbte, zog er sofort einen Revolver, tötete Tromsky durch einen Schuss und verletzte den anderen Beamten durch zwei Schüsse. Granilovitsch flüchtete, konnte jedoch im Laufe des Tages festgenommen werden.

Verurteilter Hitler-Beher.

Er ist ausgerechnet Lehrer.

Worms, 31. Oktober. (Eigenbericht.)

Der vor kurzem in Koburg von einem heftigen Kriminalbeamten aus der Schule heraus verhaftete Lehrer Dietrich, ein berühmter Hitler-Agitator und früherer Reichstagsabgeordneter, ist jetzt von dem Wormser Schöffengericht wegen Beleidigung der Reichsfarben und wegen Pressevergehens zu 2 Monaten und 1 Woche Gefängnis verurteilt. Die Verhaftung und zwangsweise Vorführung war notwendig geworden, weil Dietrich bei früheren Verhandlungen trotz Aufforderung weder erschienen war, noch sich entschuldigt hatte.

Romödienhaus.

Tristan Bernard: „Der Hühnerhof“.

Ein alter Schwank von Tristan Bernard, der mit bewundernswürdiger Ausdauer auf einem Thema herumreitet: der körperlichen Niederbeidung. Man lacht viel, am meisten über den mit todernster Miene auf der Bühne herumturnenden Curt Bois.

Dgr.

Skandalaffäre bei Deutschnationalen.

Der Fall Lettow-Wege vor der Stadtverordnetenversammlung.

Zu den Kommunalwahlen glaubt der deutschnationale Stadtverordnete Major a. D. Merkel für seine Partei werden zu können, indem er in Berlin umherreist und in Versammlungen über den Skandal und die „rote Kommunistenwirtschaft“ schimpft. In der Stadtverordnetenversammlung wurde ihm gestern zu seinem Verzeichnis kommunaler Skandale ein Beitrag gestiftet, über den er gar nicht erfreut zu sein schien. Die Zustände bei der ehemals von der Organisation Berliner Hausbesitzer betriebenen und dann an die Stadt übergebenen Berliner Müllabfuhraktiengesellschaft wurden aus Anlaß einer den Magistrat um Aufklärung ersuchenden Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion unter die Lupe genommen, und dabei erfuhr man dann über die „Verbleibe“ des Direktors Lettow und des im Aufsichtsrat stehenden deutschnationalen Stadtrats Wege erbauende Dinge. Sehr hübsch war die Bemerkung der Auskunft gebenden Bürgermeisters Scholz, daß Stadtrat Wege nicht als Magistratsmitglied, sondern als Vertreter privater Interessen dem Aufsichtsrat angehörte. Ueber Stadtrat Reuter, der nach seinem Eintritt in das Magistratskollegium den bei der Bemag vorgefundenen Zuständen ein Ende machte, sagte der Bürgermeister, daß Reuter dabei die Interessen der Stadt zu wahren sich bemüht habe und daß ihm das gelungen sei. Man vergleiche hiermit die jetzigen Verhältnisse der kommunalistischen Presse, unieren Genossen Reuter als „Wischwüchsig“ hinzustellen! In einer sehr wirksamen Rede gab Genosse Riese den Deutschnationalen noch ein genaueres Konterfei ihres Parteifreundes Wege, der es verstanden habe, sich eine reichliche Zahl fetter Aufsichtsratsposten zu verschaffen. Er erinnerte sie daran, wie sie „sonst so tapfer schmähen konnten“. Diesmal konnten sie es nicht. Diesmal bemühte ihr Redner sich, den Deutschnationalen Wege zu verteidigen. Daß auch Direktor Lettow deutschnational ist, sei nebenbei erwähnt. Herr Wege, der jetzt nicht mehr Stadtrat ist, ist für die Kommunalwahlen als Stadtverordnetenkandidat aufgestellt, und zwar an günstiger Stelle, damit er sicher wieder in das Rathaus hineinkommt.

tion gelangen und dort explosive Gemische bilden, die schon zu Beschädigungen der Anlagen geführt haben und Menschenleben gefährden können. Deutschnationale und Volksparteier lehnten die Vorlage ab, weil — man logte das nicht direkt — den Fabrik- und Grundbesitzern dadurch Kosten entstehen dürften. Genosse Amberg trat lebhaft für die Vorlage ein. Der Schutz der Menschen und der städtischen Anlagen ständen höher, als die Geldinteressen der Unternehmer. Die Demokraten wollten nachmalige Ausschüßberatung haben. Diese ganze zohme Angelegenheit benutzte Herr Stadtverordneter Dr.-Ing. Klinghardt von der Deutschen Volkspartei dazu, eine kleine

Bombe à la „Nachtraggabe“ und „Rote Fahne“

loszusaffen. Er fragte, ob zwischen den Ankündigungen einer Leichtflüssigkeitsabscheiderfabrik im Hause des Stadtrates Busch und der Magistratsvorlage ein Zusammenhang bestehe? — Kleine Korruptionsaffäre geistlich! — Stadtrat Genosse Reuter konnte dem neugierigen Herrn Klinghardt gleich die verlangte Antwort geben: Die Anregung zu dem Ortsgesetz sei von der Saupolizei ausgegangen. Allerdings, sagte dann Stadtbaurat Hahn weiter, ist der Magistrat der Anregung um so lieber gefolgt, als verschiedene Explosionen in den Abwasserkanälen auf Leichtflüssigkeitrückstände zurückzuführen seien. Diese Explosionen hätten über 300 000 M. Reparaturkosten verursacht. Herrn Klinghardts Wissensbrang war befriedigt, die Vorlage wurde angenommen. Bei der Begründung einer Anfrage wegen der Kosten der Verfassungsfeste in Berlin machte der einigste kommunistische Fraktionsredner Herr Lange wieder seine gemohnten Clownpässe. So bekamen die Tribünenbesucher doch noch etwas „Erstuliches“ zu hören; die noch dem Ausbleiben Böhs geistlichen, außerordentlichen. Vorkesretreter traten mit Monokel und dicken Hornbrillen bewaffnet wieder an und freuten sich ebenfalls über den Witzgeleitn Langes. Das war alles!

Deutschnationaler Korruptionsjumpf!

Die sozialdemokratische Fraktion hatte eine Anfrage wegen der gegen Aufsichtsratsmitglieder der Berliner Müllabfuhrgesellschaft erhobenen Vorwürfe folgenden Inhalts eingebracht:

Der frühere Direktor der Müllabfuhr-Gesellschaft, Herr Friedrich Wilhelm Krüger, hat in einem Briefe an die Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung behauptet, daß der Stadtrat a. D. Wege (Dnat.) zusammen mit anderen Mitgliedern des Aufsichtsrats dieser Gesellschaft „dunkle Geschäfte getätigt habe in der alleinigen Absicht, sich einen Vermögensvorteil zu beschaffen“. Herr Krüger behauptet weiter, daß der städtische Dezernent, Stadtrat Reuter (Soz.), es für angebracht gehalten habe, diese traurigen, auf betrügerischer Handlung beruhenden Machenschaften mit dem Mantel der Liebe zuzudecken. — Wir fragen an: Entsprechen diese Behauptungen der Wahrheit und was hat der Magistratsdezernent getan, um die Interessen der Stadt in der Bemag wahrzunehmen?

Genosse Riese verlangte Auskunft vom Magistrat, die dann auch Bürgermeister Scholz sofort gab. Scholz gab eine eingehende Darstellung der Entstehungsgeschichte der Müllabfuhrgesellschaft und ihrer ehemaligen Tochtergesellschaften. An einer dieser Gesellschaften war der deutschnationale Stadtrat Wege hervorragend als Vertreter privater Wirtschaftsverbände vertreten, obwohl er gleichzeitig Magistratsmitglied war. (Stürmisches Hört! hört! bei den Soz.) Als

Stadtrat Genosse Reuter die Müllabfuhrgesellschaft übernahm, verlangte er, daß die drei Herren Krüger, Lettow — die gleichzeitig Direktoren der Müllabfuhr-Gesellschaft waren — und Stadtrat Wege ihre Anteile an einer der Tochtergesellschaften, der „Güterabfuhr-Gesellschaft“, abgeben sollten, damit die Müllabfuhr diese Gesellschaft völlig übernehmen konnte, um sie später zu liquidieren. Stadtrat Reuter habe sich, so betonte der Bürgermeister, nur die Interessen der Stadt angelegen sein lassen und der Magistrat billige keine Maßnahmen vollzogen. Genosse Reuter ergänzte diese Ausführungen. Der deutschnationale Direktor Lettow habe es verstanden, sich auf ein Grundstück der Viktoriapark-Gesellschaft, das die Müllabfuhr ankaufen wollte, 150 000 M. Vorkaufszahlung zu lassen, weil er — Hauptaktionär der Viktoriapark-Gesellschaft, ebenfalls so einer Tochtergesellschaft war. Für Materiallieferungen hat Herr Lettow Vorauszahlungen bis zu 300 000 M. geleistet, ehe sie geliefert waren. Den Bemühungen Reuters ist es gelungen, diese Summen sicherzustellen, so daß Schädigungen der Stadt nicht eintreten. Herrn Tilgner von der Wirtschaftspartei, seines Zeichens Fuhrunternehmer, der wieder einen Don-Quixotte-Ritt gegen die Gemeinwirtschaft reiten wollte, nahm sich

Genosse Riese

vor. Wie könne man von Gemeinwirtschaft reden, wo die Stadt nur 25 Prozent der Aktien der Müllabfuhrgesellschaft hatte. An dieser Gesellschaft machten sich privatkapitalistische Unternehmer so geinud wie es nur ging. Der Gesellschaft wurden von den Fuhrunternehmern sehr hohe Fuhrkosten von den, die Pferde stellenden Fuhrunternehmern berechnet, jedenfalls höhere Kosten, als der Stadtfuhrpark jetzt berechnet. (Hört! hört! bei den Soz.) Die Güterabfuhrgesellschaft hat von der Müllabfuhr hohe Kredite erhalten.

Man bedenke: Die Müllabfuhr ist zu 75 Prozent privatkapitalistisch, die Fuhrunternehmer sind beteiligt, daneben die Direktoren wieder an den Tochtergesellschaften!

Alles arbeitete sich schon in die Hände und Stadtrat Wege war mit von der Partie! Herr Stadtrat Wege zog seine Tantieme von der Müllabfuhr und von den Tochtergesellschaften zog der Stadtrat Aufwandsgehälter und Tantiemen in einer jährlichen Höhe, die das ganze Aktientapital stark überstieg. Für seine Tantieme ließ sich Herr Wege wieder Aktien geben. Allerdings zahlte er nur den halben Preis,

um sie dann für doppeltes Geld an die Stadt weiterzuverkaufen.

(Stürmisches Hört! hört! bei den Soz. — Und der Mann wird wieder Stadtratsmitglied!) In diversen anderen Gesellschaften (Blindbriefamt, Stadtschulbank, Baugesellschaften) bezog Herr Stadtrat Wege hohe Tantiemen, wobei seine Eigenschaft als Berliner Stadtrat nicht ganz ohne Einfluß auf seine Wahl war. Seinen weiteren Latendrang stiftete Wege bei den Gründungen mehrerer anderer Müllabfuhrgesellschaften. Noch etwas Interessantes von Herrn Wege: Bei Streitigkeiten zwischen Müllabfuhrgesellschaft und der Stadt sollte ein Schiedsgericht Recht sprechen. Ein solches Schiedsgericht tagte und

Magistratsvertreter darin war auch — Stadtrat Wege, der, als Interessent der Müllabfuhr-Gesellschaft, diesmal hier die Interessen der Stadt vertret — fürwahr ein vielseitiger Mann!

(Stürmisches Hört! hört! bei den Soz.) Meine Herren, wondte sich Genosse Riese an die Deutschnationalen, beseitigen sie auch diese Korruption; vielleicht betätigt sich Herr „Major“ Merkel auch ein-

Die Rückkehr des Oberbürgermeisters Böhs aus Amerika und sein vernünftiges Erscheinen in der Stadtverordnetenversammlung hatte zur Folge gehabt, daß Zuhörertribüne und Pressestraße überfüllt waren. Aber die Gekommenen wurden enttäuscht, die Sensationen und die Antegungen für große, fetts Ueberschriften in den Skandalblättern blieben aus. Der Mißtrauensantrag der Kommunisten gegen Böhs — er soll ohne Pension entlassen werden! — wird erst in der nächsten Sitzung am Donnerstag, dem 7. November, 16 Uhr, behandelt. In der Angelegenheit der Mitglieder des Kreditausschusses Bunge (Dnat.) Mühlmann (Soz.) und Kofenthal (Dem.) wurde der Dringlichkeitsvorlage des Magistrats zugestimmt, nach der in einem gemischten Ausschuß die Angelegenheit untersucht werden soll. Die Deutschnationalen hatten beantragt, das Verlangen des Oberpräsidenten nach Aberufung der Genannten zurückzuweisen. Das war alles, was von den großen Ankündigungen der Sensationszeitungen übrig blieb!

In einer Vorlage fordert der Magistrat ein Ortsgesetz über die Befestigung von Leichtflüssigkeiten

auf den Grundstücken der Autoparagen, Wäschereien, Färbereien, Druckereien und ähnlicher Betriebe. Der Magistrat betont, daß Öl, Benzin und andere Flüssigkeiten in die Abwässer der Kanäle

Johann Komáromi:
18) **Ahe, Kosaken!**
Aus dem Ungarischen
von Alexander von Sacher-Masoch
Copyright by Büchergilde Gutenberg, Berlin.

„Jawohl, Fräulein Emmi, ich werde ihr Ritter sein,“ sagte ich und schämte mich dabei.
Darüber lachte sie nun lech, aber auch ihr Lachen tat mir gut. Denn ich wußte, daß Fräulein Emmi mich gern hatte. Manchmal ging sie die Flucht der Zimmer entlang oder über die Gartenwege und ich sah ihr beglückt nach. Ich war glücklich, wenn ich sie sah. Sie beugte sich hier und dort über ein Blumenbeet und ich vernahm wieder ihre süße Stimme: „Hänschen, komm her. Ich hab dir eine Blume.“
Ich lief ihr nach. Sie steckte mir die Blume auf den Hut und streichelte mit ihrer kleinen Hand mein Gesicht. Ich errötete und senkte den Kopf. Dann kniete sie vor mir nieder, nahm mein Gesicht in beide Hände und ich mußte ihr in die Augen sehen. Ich erinnere mich, o, ich erinnere mich, als kniete sie auch jetzt vor mir und streichelte mich still mit ihren weichen Händchen. Ihr eines Auge war schwarz, das andere blaulich. Und sie hielt mich solange in ihren Händen, bis auf ihren langen Wimpern Tränen glänzten.
„Hänschen, hast du mich lieb?“
„Ich habe Sie sehr lieb, Fräulein Emmi.“
Sie tat mir leid. Denn sie mochte irgendeinen geheimen Kummer haben, wie der Oberhof. Aber ich verstand das damals noch nicht.
Dann nahm sie mich bei der Hand und führte mich durch die versteckten Winkel des Gartens oder zum Schlosse, in welchem sie wohnte.
Sie stehen noch heute, diese Gärten und jene Schlösser! Ihre Türme sind rot. Feu schlingt sich um ihre Mauern, blutrote Rosen leuchten an den Glaswänden ihrer Terrassen und diese blutroten Aufgänge brennen durch eine der Lichtungen des Gartens, lockend bis in die neblige Ferne. Pappeln und Birken bewachen diese Schlösser gleich überirdischen Grenadieren, und wenn der November da ist, raschelt der Wind mit den Blättern an den Ecken der Schlösser oder in den verfallenen Terrassen ihrer Gärten. Melancholie liegt in den Verstecken der Gärten und auf ihren schiefen Steinmauern hocken Gespensster, wenn die bleiche Mondscheib schon niederfällt am Himmel. Und inmitten dieser roschelnden Blätter, auf den vielverschlungenen Wegen geht in ihrer stillen, trauri-

gen Weise, während die Speicher des Wirtschaftshofes im Mondlicht glänzen, vielleicht heute noch Fräulein Emmi auf und ab. Ihr großes Lächeln vielleicht... Was weiß ich davon? Ich schaue nach fünfundsanzig Jahren auf diese alten Schlösser zurück... Mein Gott, ich werde sie niemals sehen!
Es war Frühling... Ruhe lag über der Gegend... Aber auch diese Ruhe nahm ein unerwartetes Ende. Denn eines Tages tauchten die Kosaken auf.
Sie kamen mit unbändigem Gesang und weit ausscholenden Gebärden. Sie brachten viel Geld mit und saßen daher zurückgelehnt, gebläht vor Stolz auf ihren Wagen, während sie mit ihren wagemutigen Liedern und großem Rädergerassel in das Dorf rollten.
Sie näherten sich aus der Richtung des Szarnyezer Berges in einer großen Staubwolke. Ich stand gerade auf der Seite des Szentivany-Ruggels zwischen kleinen Birken. Mein Großvater, der Zimmermann, stand weiter oben auf dem Hügel und schaute über die Gegend. So selbstbewußt wie ein König. Oder nicht mal ein König.
Gegenüber, in größerer Entfernung, stand, auf dem Ruggel von Hardics, Brugos. Er hielt die Handfläche über die Augen, denn die Vormittagssonne fiel grell. Der Berwaller sah lange in die Richtung nach Süden. Er wurde auf eine ferne Staubwolke aufmerkham.
Und aus der Staubwolke, die sich mit Bindeseile dem Dorfe näherte, scholl auf einmal Rädergerassel und darauf ein kriegsgeangähnliches Lied. Mein Großvater seufzte auf:
„Sie kommen...“
Brugos stand unbeweglich auf dem anderen Hügel und lauschte auf das Lind, das sich gegen das Dorf entfernte. Der Staub, den die Kosaken aufwirbelten, stieg bereits über die Höhe der Pappeln hinaus.
Mein Großvater nahm den Hut ab und faltete die Hände. Als betete er.
Kaum waren die Kosaken von ihrer großen Unternehmung zurück, eilten sie schon wieder fort. In alle Windrichtungen.
Aber jetzt gingen sie in kleineren Gruppen los. Georg Bajda zog in die Wälder von Vozony mit dem Bemerken, daß er sich einige Wochen nicht zeigen werde. Auch mein Vater eilte heim. Die übrigen übernahmen eine schwere Arbeit bei der Bahn, andere verteilten sich auf ihre kleinen Acker. Gott weiß wohin.
Immer arbeiteten sie. Und obgleich sie, dem Gerücht zufolge, leihthin geldbeladen angekommen waren, verschwand sie wieder nach zwei, dreitägiger Rast. Sie waren immer in Eile, um etwas zu sparen. Es war, als hegte sie die Furcht

und Sorge, daß sie auf ihre alten Tage Not leiden müßten. Nur der Oberhof blieb daheim. Aber auch er fand keine Ruhe.
Er stampfte zornig um das Haus oder machte sich im Stalle zu schaffen und brummt. Er war nie zufrieden und darum murkte er ohne Unterlaß. Möglich, daß er mit seiner rastlosen Beweglichkeit nur seine unruhigen Leidenschaften verdecken wollte. Oder er sprang aufs Pferd und ritt zur Herde hinaus, dann blieb er tagelang dort. Er verbrachte seine Nächte auf der Ebene von Repest, während er sich rücklings auf seinem Pelz ausstreckte, die Arme hinter dem Kopfe verstränktend. Er konnte so bis zum frühen Morgen die Sterne beobachten.
Aber an den Samstagabenden tauchte er immer auf, denn dann kamen die Kosaken von der wöchentlichen Arbeit heim. Unser Vorderhaus war auch jetzt ihr Hauptlager. Aber von jetzt an zahlte der Oberhof seine Leute persönlich aus, sich selbst den doppelten Lohn zurückbehaltend. Danach tranken die Kosaken.
Aber sie gebärdeten sich schon ruhiger. Vielleicht, weil sie vor der Absicht des Oberhofen erschrakten, oder aber, weil sie schon auf alles gefaßt waren.
Ich beobachtete sie aus dem Bett.
Draußen lag die Nacht von Dämmerungen durchweht und von den Erddämpfen zogen Schatten über das Dorf hinweg in geipenslichem Schweben. Die Kosaken sprachen leise, mit großen Pausen. Sie klagten nicht und drohten nicht mehr. Dafür erwähnten sie das große Unglück des Antal Turbis, der um diese Zeit bereits im Hospital lag, ein lebendiger Toter. Denn seine Frau hatte ihm so lange heimgejucht, bis er gegen Ende des Frühling den Verstand verlor. Obgleich er nie die Absicht hatte, ein neues Weib zu nehmen, und die beiden Waisen sehr sehr betreute. Und doch mußte man ihn eines Tages mit einem Wagen forttschaffen, und die zwei Kinder nahmen die Kosaken zu sich. Denn sie waren sparsame Leute, die Armen, solange sie auf dieser Erde lebten, aber sie hatten viel Liebe im Herzen. Und da der Oberhof ihnen immer Einigkeit predigte, verließen sie einander nicht im Anglück. Sie sprachen über das armelike Schicksal Antals an diesen Samstagabenden, und der Oberhof erzählte mit viel Bitterkeit, daß es mit dem armen Teufel nunmehr zu Ende gehe. Er war leihthin in die Stadt geritten und hatte ihn im Hospital besucht, und Antal Turbis klagte ihm flüsternd, daß er sich nur vor den Nächten fürchte, denn dann tanzten viele Teufel unter den Fenstern des Krankenhauses, und während sie mit eingerollten Schweifen in einem Knäuel hüpfen, riesen sie ihm immer zu: komm doch! komm doch!... Aber dieses entsefliche Loden vernähme im ganzen Krankenhaus nur Antal Turbis und sonst niemand.
(Fortsetzung folgt.)

mal in dieser deutschnationalen Angelegenheit als Broschürenschreiber, wie er es im Fall Sklarek tat! Hier ist geschoben und verdient worden, daß es nur so eine Art hatte.

an der Spitze der Geschäftsmacher stand Herr Stadtrat Wege.

Mitglied der deutschnationalen Partei und — Stadtkämmerer! (Behälter Beifall bei den Soz.) Stadtvorordneter Glaser (Dnat.) verteidigt die hohen Lantienem und Aufwandsgehälter des Herrn Stadtrats Wege. Politische Reinheit sei es, Ausschichtungsratssposten und Stadtratsposten zu vereinen. (Stürmliches Hört! hört! bei den Soz.) Stadtvorordneter Sommer (Dem.) erklärte, Stadtrat Wege und Direktor Lottow hätten sich im Ausschichtungsrat der Müllabfuhr-Gesellschaft bei Bekanntwerden der Krügerischen Angriffe in sechs Stillschweigen gehüllt, obwohl sie alle Veranlassung hätten, sich zu verteidigen. Der Kommunist Fehmann schrie sich über die Angelegenheit auch noch aus, dann schloß Genosse Hah die Sitzung.

Oberbürgermeister Böß

traf gestern abend in Begleitung seiner Gattin pünktlich um 21.20 Uhr auf Bahnhof Zoologischer Gärten ein, von wo er sich unverzüglich nach seiner Wohnung in der Leibnizstraße begab. Der Bahnhof war, um jeden Zwischenfall zu vermeiden, durch ein Polizeiaufgebot abgeperrt worden. Einige nationalsozialistische Kommandos, die sich in der Gegend ständig umhertrieb, hatten sich am Bahnhofseingang eingefunden und verjagten die Kuppel. Sie konnten schnell zur Ruhe gebracht werden.

Kurze Zeit darauf kam es vor der Wohnung des Oberbürgermeisters in der Leibnizstraße abermals zu einem Zwischenfall. Hofenkreuzer und Kommunisten hatten sich dort in größerer Zahl eingefunden, die beim Erscheinen des Magistratswagens, in dem sich Oberbürgermeister Böß befand, jöhnten und pöbelten. Die „Demonstranten“, die fortwährend riefen: „Wir kommen wieder!“ wurden schließlich von der Polizei in die Nebenstraßen abgedrängt. Die Beamten verweilten längere Zeit vor der Wohnung, da noch mehrmals Versuche zu Demonstrationen gemacht wurden. Ein Mann, der sich bei dem Tumult besonders hervorgetan hatte, wurde festgenommen und nach dem Polizeipräsidium gebracht.

Massenflucht aus der KPD.

Stadtrat Jrgang mit 20 Funktionären ausgetreten.

Am Dienstag erklärte Stadtrat Jrgang in Tempelhof seinen Austritt aus der kommunistischen Partei. Zwanzig kommunistische Funktionäre schlossen sich seiner Austrittsdeklaration demonstrativ an. Es handelt sich zumeist um Arbeitervertreter, die schon in der Vorkriegszeit in den Reihen der Sozialdemokratischen Partei ihren Mann gestanden haben. Sie alle erklären ihren Austritt damit, daß sie die Vertretung einer Politik, die die Verschlagung der deutschen Arbeiterbewegung zum Ziele habe und die sich daher allein gegen die Sozialdemokratie richte, vor ihrem Gewissen nicht länger verantworten könnten.

Wie wir hören, werden schon die nächsten Tage weitere Massenaustritte aus der kommunistischen Partei in Tempelhof bringen. Wir wollen hoffen, daß die Massenflucht jener Arbeitervertreter, denen die Verantwortung gegenüber der deutschen Arbeiterbewegung hoch genug steht, einen früher begangenen Irrtum eingestehen und in klarer Einscheidung einer völlig korrupten Partei den Rücken zu kehren, mit dazu beitragen wird, das verbrecherische Treiben der kommunistischen Partei vor aller Augen bloßzustellen.

Der kommunistische Stadtvorordnete Jäbide ist wegen „partei-schädigenden“ Verhaltens aus seiner Partei ausgeschlossen worden.

Gäbel vom Amt suspendiert.

Eine Maßnahme des Oberpräsidenten.

Durch Verfügung des Oberpräsidenten ist der Berliner Stadtrat Gäbel von seinem Amte suspendiert worden, und zwar wird ihm auf Grund der bisherigen Feststellungen in der Sklarek-Affäre vorgeworfen,

daß er seine Aufsichtspflicht vernachlässigt, daß er einen unberechtigten Abschluß von Lieferverträgen vorgenommen,

daß er Vergünstigungen angenommen habe.

Gäbel ist bereits von dem Untersuchungskommissar, Oberregierungsrat Tapoßki, wegen dieser Vorwürfe vernommen worden, doch mußte das Verhör am gestrigen Tage unterbrochen werden, weil der jetzt suspendierte Stadtrat zur Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuß des Landtages erscheinen sollte. Die Meldung, daß auch der Bezirksbürgermeister Kohl von Köpenick vom Amte suspendiert worden sei, trifft nicht zu.

Voruntersuchung Sklarek eröffnet.

Die Voruntersuchung in der Sache Sklarek ist dem Antrag des Staatsanwalts gemäß am Donnerstag vom Untersuchungsrichter des Landgerichts I eröffnet worden.

Er betrog Hinterbliebene.

Der angeklagte Kellnerphotograph Willi Hartmann, der schon 14 mal verurteilt ist und erst vor kurzem aus dem Zuchthaus entlassen worden war, versuchte es mit einem ganz besonders raffinierten Schwindel. Er setzte sich mit Friedhofsarbeitern in Verbindung, die ihm die Adressen der Hinterbliebenen bei neuen Beerdigungen verschafften. In Trauerkleidung erschien er alsdann bald in der Wohnung der Angehörigen des Toten, gab sich als Beamter der Friedhofsverwaltung aus und kassierte Beträge von 8 bis 150 Mk. zur Instandhaltung der Gräber ein. Dieses Verfahren glückte ihm in zahllosen Fällen. Über 30 Fälle standen gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte gegen ihn zur Anklage, aber täglich laufen noch neue Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft ein. Bei einigen Besuchern verstand er es auch, wenn er irgendwo eine alleinlebende Frau antraf, diese aus dem Zimmer zu entfernen, indem er um ein Glas Wasser bat. Die Gefangenheit benutzte er, um Diebstähle auszuführen. Der Angeklagte wurde zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt.

Ausstellung politischer Plakate.

In der Hochschule für Politik.

In der Hochschule für Politik findet bis zum 10. November eine Ausstellung statt, in der eine zwar kleine, aber außerordentlich beachtenswerte Sammlung deutscher und ausländischer politischer Plakate gezeigt wird.

Die ausländische Auswahl umfaßt nur Rußland, Frankreich und England. Die Vereinigten Staaten sind leider nur mit zwei technisch und textlich sehr primitiven Plakaten zur letzten Präsidentenwahl vertreten, die eine Beurteilung und Wertung des amerikanischen politischen Plakatwesens nicht gestatten. Auch die wohl durch die Kleinheit des zur Verfügung stehenden Raumes gebotene Beschränkung des Materials auf die bedeutendsten europäischen Staaten ist bedauerlich.

Bei den deutschen, französischen und englischen Plakaten handelt es sich naturgemäß, da in diesen Ländern durch die parlamentarisch-demokratische Regierungsform der politische Kampf sich meist in der Form des Wahlkampfes um die parlamentarische Macht abspielt, um Wahlplakate, bei den deutschen Plakaten um solche von der Reichspräsidenten- und der letzten Reichstagswahl, bei den französischen und englischen lediglich um Plakate für die letzten Parlamentswahlen. Die russischen Plakate stellen einen völlig anderen Typus dar. Sie dienen den Zwecken der Aufrechterhaltung und Verankerung der Macht der diktatorisch in Rußland herrschenden Schicht in dem Bewußtsein der Arbeiter- und Bauernmassen, zum Teil auch als Bucherschlag der „Volksaufklärung“, natürlich im Sinne der bolschewistischen Doktrinen. Man muß zugeben, daß diese Aufgaben von den bolschewistischen Machthabern zum großen Teil gut gelöst werden. Bis auf wenige Ausnahmen bei den geradezu abschreckend fischigen Plakaten der deutschen Mittelstands-, „Landvolk“- und anderen Spaltparteien stellt auch das deutsche

Plakat meist eine graphisch befriedigende Lösung von eindringlicher Bildwirkung dar. Mit an erster Stelle stehen dabei die bekannten Plakate der Sozialdemokratischen Partei. Bezeichnend ist es, daß die deutschnationalen meist in Betonung ihrer reaktionären Haltung eine alterklümelnde, an materialistische Vorbilder vergangener Zeiten gemahnende graphische Technik bevorzugen. Die Plakate der kommunistischen Partei sind von erschreckender Primitivität und demagogischer Formulierung.

In bezug auf die künstlerischen und textlichen Mittel, deren sich das englische und französische Wahlplakat bedient, muß ein grundsätzlicher Unterschied zum deutschen und russischen Plakat festgestellt werden. Graphisch meistens von erheblich geringerer Qualität — mit der fast einzigen rühmlichen Ausnahme der Plakate der englischen Arbeiterpartei —, zeichnen sich die französischen und englischen Plakate fast alle durch eine raffinierte Formulierung des Textes aus. Dabei wird selbst vor den größten Fälschungen (Meister darin ist der französische Bloc national) und den in Deutschland vielfach erlaubigten Schauermärchen über die Absichten der Sozialisten nicht zurückgeschreckt.

An die Eröffnung der Ausstellung schlossen sich zwei Vorträge im Hörsaal der Hochschule für Politik an. Der erste mit dem Thema „Ist Politik lehrbar?“, gehalten von Prof. Litten-Königsberg, zeichnete sich in unerfreulicher Weise dadurch aus, daß eine Reihe unerträglicher Platzheiten in allerdings wichtig-schnoddriger Formulierung vorgetragen wurden. Der zweite Referent, Geheimrat Kleinow vom Auswärtigen Amt, der über die Bauernpolitik des Bolschewismus sprach, zeigte einen für einen bürgerlichen Politiker und Historiker auffällig tiefen und sachlich fundierten Einblick in die theoretischen und praktischen Probleme und Differenzen des Bolschewismus und des westeuropäischen Sozialismus.

33 Personen ertrunken.

Wieder Dampferkatastrophe auf dem Michigansee.

Milwaukee, 31. Oktober.

Auf dem Michigansee sind die beiden Frachtdampfer „Marquette“ und „Senator von Michigan“ zwanzig Meilen von Port Washington (Wisconsin) entfernt, zusammengebrochen. Der „Senator“ ist innerhalb zehn Minuten untergegangen. Wie gemeldet wird, sind 33 Personen ums Leben gekommen und nur zwei gerettet worden. Der Dampfer „Marquette“ wurde schwer beschädigt.

Verkehrsunfall in der Leipziger Straße

18 Straßenbahnfahrergäste leicht verletzt.

Ein Straßenbahnunfall hemmte gestern nachmittags den Verkehr in der Leipziger Straße. Zwei Straßenbahnzüge der Linien 65 und 191 stießen zusammen; 18 Fahrgäste wurden leicht verletzt und mußten die Hilfe der Rettungswache in der Kronenstraße in Anspruch nehmen.

Der Zusammenstoß ereignete sich im stärksten Nachmittagsverkehr, wenige Minuten nach 15 Uhr. Ein in Richtung Spielmarkt fahrender Straßenbahnwagen der Linie 65 mit Anhänger passierte die Kreuzung Leipziger- Ecke Mauerstraße, als plötzlich beim Überfahren der Weiche der Anhänger aus den Schienen sprang und sich quer über das Nachbargleise stellte. Im selben Augenblick hatte ein aus entgegengesetzter Richtung kommender Straßenbahnwagen der Linie 191 die Unfallstelle erreicht. Der Führer versuchte mit allen Mitteln zu bremsen, die Entfernung war aber schon zu kurz, um die Straßenbahn noch rechtzeitig zum Halten zu bringen. Der Triebwagen der Linie 191 fuhr mit großer Wucht in den entgleisten Anhänger hinein. Sämtliche Scheiben gingen in Trümmer, der Vorderperron und die Seitenwand des gerammten Anhängers wurden eingedrückt. Der Fahrgäste, in der Hauptsache Frauen, bemächtigten sich eine Panik. Alles drängte den Ausgängen zu. Die Polizei sperrte die Unfallstelle sofort ab. 18 Personen hatten Glassplitterverletzungen,

Funkwinkel.

Hans Kasper, Verfasser mehrerer Dramen, eifriger Dichtungen und des Faustfilms, versucht sich jetzt auch im Hörspiel. Sein Werk heißt „Prozess Sokrates“ und ist in der Antike angesiedelt, in dem Athen, das Wahrheit genau so wenig wie die Gegenwart vertragen konnte. Kasper betont in seiner einleitenden Rede das Moderne dieses Stoffes, er will Sokrates als den Kämpfer gegen Krieg und übersteigerten Sportenthusiasmus hinstellen und er gibt dem Sujet eine moderne sprachliche Form. Sogar Rundfunkreporter erfüllen in dem alten Athen und Götter haben mittlere mit Glück seinen berühmten Kollegen Alfred Brown aus Berlin, sogar in dem vorstichtig gedämpften Tonfall. Was Kasper hier in antiker Gewandung auspricht, ist eine Kritik an der Gegenwart. Wohllich entdeckt ein Pathetiker in sich das Talent zum Satiriker, der auf sein Parteiprogramm festgelegt ist, sondern in ein Sachen über gewisse heilige Güter der Nation ausbricht. Der Intendant Fiesch zeigt mit dieser Aufführung Mut, den man früher im Berliner Rundfunk selten fand. In diesem Sendespiel herrscht hin und wieder tatsächlich eine souveräne Ironie. Kasper zeigt, wie Schlagworte entstehen, wie mit dem Begriff der Demokratie Schindluder getrieben wird, wie der Augen allein die Welt regiert, wie manche Leute politische Sektanzerkunststücke ausführen und wie eine ewige Reaktion gegen jeden geistigen Fortschritt Sturm läßt. Und zwischen den kämpfenden Parteien steht Sokrates, der Wahrheitsucher, der mit seinem wissenschaftlichen Geist den Fetisch hergebrachter Wortheiligkeiten zerstreut und dem Eugen Kasper eine ehrende und bezwingende aus dem Elementarsten kommende und sich allmählich lösende Begeisterung verleiht. Mag Kasper manchmal in seinem Mut zu weit gehen, jedenfalls findet er eine gute Form für sein Hörspiel. Es ist einer der wenigen Abende, denen man voll zustimmen muß. Erwähnenswert noch die ausgezeichnete Regie Brauns. J. S.

Querschnitten und Verstauchungen erlitten. Die Verunglückten wurden zur Rettungsstelle 14 in der Kronenstraße gebracht. Da sich die Verletzungen bei allen Personen als nicht gefährlich herausstellten, konnten sie sämtlich nach Anlegung von Rotverbänden wieder entlassen werden.

Die Schuldfrage ist bisher noch ungeklärt; möglicherweise hat sich die Weiche infolge zu starker Verschmutzung beim Überfahren des Triebwagens selbst umgestellt. Der entgleiste Anhänger wurde durch die Feuerwehr wieder in die Schienen gebracht. Beide Straßenbahnzüge mußten aus dem Verkehr gezogen werden. Durch den Vorfall entstand eine Verkehrsstörung von 15 Minuten, was sich in der Hauptverkehrsstraße sehr empfindlich auswirkte und lange Wagenburgen zur Folge hatte.

Die Zahlungssperre der Beamtenbank.

Ein Teil der Gehälter ausgezahlt.

Die Deutsche Beamtenzentralbank nahm gestern nachmittags Gelegenheit, sich zu der mitgeteilten Zahlungssperre der Bank für deutsche Beamte zu äußern.

Das Vorstandsmitglied Direktor Bodenwisch betonte einleitend, daß in der Bank für deutsche Beamte 16 500 Genossen zusammengeschlossen seien und daß deren Einlagen 625 000 Mark beträgen. Die Haffsumme bezifferte sich auf 6 1/2 Millionen Mark. Direktor Bodenwisch wies darauf hin, daß durch die Veröffentlichungen anlässlich der Hohenlohe-Affäre Ende vorigen Jahres und der Automobilbeteiligung der Bank für deutsche Beamte im August d. J. eine gewisse Illiquidität als äußerer Anlaß eingetreten sei. Die Liquiditätsschwierigkeiten seien durch Zwischenkredite der Beamtenzentralbank an die Bank für deutsche Beamte beseitigt worden, auch im Monat Oktober, als die finanzielle Anspannung durch weitere Abhebungen der Konteninhaber größer wurde. Am Dienstag habe dann der Gesamtvorstand der Beamtenzentralbank beschlossen, von einem Zusammengehen mit der Deutschen Beamtendank abzusehen. Die Folgen der Zahlungseinstellungen der Bank für deutsche Beamte sind insofern sehr bedauerlich, als eine ganze Reihe von Beamten, deren Gehälter von den Behörden an die Bank überwiesen wurden, ihre Bezüge nicht mehr abheben konnten. Bis zum gestrigen Tage sind allerdings noch für etwa 800 000 Mark Gehälter ausgezahlt worden, man weiß aber nicht, wie groß die Summen sind, die nicht ausgezahlt werden konnten, und wieviel Beamte geschädigt worden sind. Direktor Bodenwisch erklärte, daß die Deutsche Beamtendank den noleidenden Beamten auf jede Weise helfen werde, und zwar hauptsächlich durch Darlehen, etwa zum Reichsbankdiskont. Interessant war die Feststellung, daß die Deutsche Beamtendank ihre Zwischenkredite von der Deutschen Beamtendank zurückgezahlt bekommen hat, und zwar vom 26. Oktober ab, so daß also sicherlich ein Teil der überwiesenen Beamtengehälter von der Bank für deutsche Beamte zur Abdeckung dieser Schuld benutzt worden ist.

Nach einer Erklärung der Bank für deutsche Beamte ist die Lage der Bank nicht so schwierig, daß ein Zusammenbruch zu befürchten wäre.

Furchtbarer Tod eines Eisenbahnarbeiters.

Vom Zuge erfaßt und mitgeschleift.

Auf entsetzliche Weise ist gestern der 44jährige Bahnunterhaltungsarbeiter Karl Peter aus der Hardenbergstraße in Steglitz ums Leben gekommen. Peter war in einer Arbeiterkolonne auf den Weisen der Wanneseebahn unter der Sedanbrücke in Schöneberg mit Arbeiterarbeiten an den Sockeln beschäftigt. Bei der Annäherung eines aus Wannsee kommenden Zuges gab der aufgestellte Sicherheitsposten das Warnungssignal. Offenbar hat P. das Signal überhört, denn er wurde von der Lokomotive des Zuges erfaßt und etwa hundert Meter weit mitgeschleift.

Die schwer verstümmelte Leiche des Unglücklichen wurde nach der Halle in der Euthstraße gebracht.

Musikaufträge

Übersicht man aus dem Rahmen des Deutschen Musikerverbandes, Berlin, Rammelsburgerstr. 68/64. Dienstadt 327-78. Freitag 9-5, Sonntag 10-7 Uhr. Auf Wunsch: Vertretersbuch.

Wichtige Flugblattverbreitung

Sonnabend, den 2. November, und Sonntag, den 3. November. Pflicht aller Parteimitglieder ist es, sich daran zu beteiligen

Pferdegulasch vor Gericht. Ein geschäftstüchtiger Gastwirt.

Die Gulaschportionen im Restaurant B. in der I-Straße waren besonders umfangreich und schmackhaft. Der Zulauf der Eßlustigen war groß, das Geschäft blühte. Eines Tages geschah aber etwas Unerwartetes. Ein Fleischergehilfe wurde entlassen. Vier Wochen lang bemühte er sich vergeblich zu seinem Lohn zu kommen. Als er zu guter Letzt noch ausgeschimpft und hinausgeworfen wurde, lief er zur Polizei und erstattete Anzeige: die umfangreichen und schmackhaften Gulaschportionen wären nicht aus Rindfleisch, sondern aus Pferdefleisch gewesen. Morgen für Morgen habe ein Fleischergehilfe das Pferdefleisch aus der Pferdeschlächterei den Gastwirten in das Restaurant gebracht, hier sei es in der Küche mit einer wohlduftenden Sauce zubereitet und den Gästen als Rindergulasch serviert worden.

Der Gastwirt, ein umfangreicher Mann von viel Temperament erhob vor Gericht gegen diese Anschuldigung stammenden Protest: Nie habe er seinen Gästen Pferdefleisch vorgelegt; wohl sei in seiner Küche Pferdegulasch gekocht worden, doch nur für die Familienmitglieder — daher wird er wohl so weit gekommen sein. Der Fleischergehilfe aber, der mitangeklagt war, bestätigte zu seinem eigenen Schaden, daß er das Pferdefleisch Tag für Tag aus der Pferdeschlächterei zur Küche transportiert und die Ramsell bezeugte unter ihrem Eide, daß sie es den Gästen wohl duftend und dampfend vorgelegt habe. Die Tochter des Angeklagten wollte nur von Familienpferdegulasch etwas wissen, der Behrting leugnete selbst diesen und der Staatsanwalt beantragte zwei Monate Gefängnis wegen Vergehens gegen das Lebensmittelgesetz. Der Gastwirt, ein Mann mit bewegter Vergangenheit — seine Vorstrafen zeigen schweren Diebstahl, Raub und dergl. mehr — und einer schwer voraussehbaren Zukunft — er sah gerade wegen Pferdediebstahls in Haft, hatte also gewissermaßen von toten Pferden zu lebendigen hinübergewechselt — meinte, es läme ihm nicht auf die zwei Monate Gefängnis an. „Was sind mir zwei Monate Gefängnis“ —; er könne es aber nicht dulden, daß hier böswillig gegen ihn falsch geschworen werde und er würde schon wissen, den Fleischergehilfen und die Ramsell wegen Meineides ins Zuchthaus zu bringen.

Das Gericht war aber der Ansicht, daß der junge Mensch, der nicht nur den Fleischermeister, sondern auch sich selbst bezichtigte, unmöglich die Unwahrheit gesagt haben könne und verurteilte den geschäftstüchtigen Gastwirt zu zwei Monaten Gefängnis. Den Fleischergehilfen sprach das Gericht frei.

Die Augustabrücke muß ausgebessert werden.

Eine eingehende Besichtigung der Augustabrücke im Zuge der Linkstraße über den Landwehrkanal hat ergeben, daß die sechs äußeren Fußwegträger durch Abrosteln auf etwa ein Drittel ihrer früheren Tragfähigkeit geschwächt sind. Von den Klappentragern der Mittelöffnung wurden vier Träger durch Anfahren von Schiffen und Abrosteln fast völlig zerstört, während die übrigen mehr oder weniger stark verbogen worden sind. Trotz der Wichtigkeit der Brücke für den starken Verkehr durch die Link- und Hakenwellstraße mußte indessen der Fahrverkehr gesperrt werden. Mit den Ausbesserungsarbeiten muß möglichst rasch begonnen werden, zumal ein Neubau der Brücke im Augenblick nicht in Frage kommt, da die zukünftigen Verkehrsverhältnisse und Wasserstände des Landwehrkanals im Zusammenhang mit den Regulierungsprojekten der gesamten Berliner Wasserstraße geklärt werden sollen.

Oeffentliche Wählerkundgebungen

Heute, Freitag, den 1. November:

- Weihensee.** 19½ Uhr in der Stadthalle, Bistoriusstraße. Referenten: Dr. Kurt Löwenstein, M. d. R., und Rektor Zwölfer.
- Niederschöneweide.** 19½ Uhr in der Aula der Mädchenschule, Berliner Str. 31. Referent: Stadtrat Ernst Reuter.
- Fermisdorf.** 20 Uhr im Lokal Lindengarten, Berliner Straße 133. Referent Stadtverordneter Adolf Döhnert.
- Einheitsverband der Handel- und Gewerbetreibenden und freien Berufe.** Ortsgruppe Berlin. 20 Uhr im Lehrervereinshaus (Kleiner Festsaal, 1. Stock), Berlin C. 2, Alexanderplatz, öffentliche Versammlung. Tagesordnung: 1. Die Bedeutung der bevorstehenden Kommunalwahlen für die Kleinhandel- und Gewerbetreibenden. Referent: Koll. Fuchs. 2. Verschiedenes.

Morgen, Sonnabend, den 2. November:

- Friedrichshain.** 17½ Uhr Straßendemonstration. Aufstellung Küstriner Platz in der Straße am Ostbahnhof. Abmarsch pünktlich 18 Uhr. Alle Parteimitglieder werden für diesen Umzug.
- Kreuzberg.** 18 Uhr Antreten zum Propagandaumzug mit Musik auf dem Lausitzer Platz. Anschließend Kundgebung unter freiem Himmel. Referent: Karl Litke, M. d. R.
- Pankow.** 17½ Uhr Propagandaumzug mit Fackeln und zwei Musikkapellen durch den Ort. Treffpunkt: Prinz-Heinrich-Straße Ecke Berliner Straße. Lokal Kober. Alle Parteimitglieder werden für diesen Umzug!
- Mariendorf.** 19½ Uhr in der Aula der Oberrealschule, Rathausstraße Ecke Kaiserstraße. Referent: Stadtverordneter Ernst Urdt.
- Lichtenrade.** 19½ Uhr im Lokal Dreißig, Buckower Weg 61. Referent: Stadtverordneter Franz Käning.

Sonntag, den 3. November:

- Schöneberg.** Antreten zum Demonstrationsumzug pünktlich 11¼ Uhr am Bahnhof Friedenau-Wilmersdorf, Ausgang Barziner Straße.
- Mahlsdorf.** 14 Uhr Treffpunkt zur Demonstration bei Anders, Bahnhofstraße 37. Anschließend Wählerkundgebung im Lokal „Kurland“, Müllerstraße Ecke Lange Straße. Referent: Stadtverordneter Franz Käning.

Männer und Frauen, erscheint in Massen!

Sie gaben ihr Erspartes. Die Opfer eines Heiratschwindlers.

Vor dem Schöffengericht Schöneberg gab es stürmische Szenen: Tränen und Wutausbrüche galten dem Angeklagten, einem früheren Ingenieur Kane, der sich jetzt als Wohnungsvermittler betätigt. Eine Reihe älterer Mädchen traten gegen ihn als Zeuginnen auf.

Der Angeklagte war mit einer Haushälterin bekannt geworden, die lange Jahre bei einem Kammergerichtsrat in Stellung gewesen war und nach dessen Tode einen Teil der Wohnungseinkünfte geerbt hatte. Sie mußte aber die Wohnung räumen und suchte nun ein Unterkommen. Der Angeklagte versprach ihr, eine neue Wohnung zu beschaffen. Während seiner „Bemühungen“ ließ er sich von der Schwester dieser Zeugin, einer Köchin, dauernd Geld zuwenden. Schließlich verlobte er sich mit der Köchin, und nun erhielt er von der anderen Schwester als künftiger Schwager dauernd Geld. Die beiden Mädchen opferten ihm ihre gesamten, hauer verdienten Ersparnisse. Er wollte mit dem Gelde ein Geschäft anfangen und versicherte der künftigen Schwägerin: „Dann bist du auch versorgt.“

Tatsächlich hat der Angeklagte auch mit dem fremden Gelde ein Geschäft erworben, aber, als er merkte, daß von den beiden Frauen nichts mehr zu holen sei, war auch seine „Liebe“ zu Ende. Die „Braut“ machte große Augen, als Landgerichtsrat Schenk sie fragte, ob sie gewußt habe, daß der Angeklagte damals, als er sich mit ihr verlobte, noch verheiratet war. Die Zeuginnen wollten wissen, ob der Angeklagte es in ähnlicher Weise auch mit anderen Frauen getrieben habe.

Das Schöffengericht ging mit Rücksicht auf die unermessliche Gewissenlosigkeit des Angeklagten über den Strafentwurf des Staatsanwalts hinaus und verurteilte den Angeklagten wegen fortgesetzten Betruges zu neun Monaten Gefängnis. Eine Bewährungsfrist wurde dem Angeklagten zunächst verweigert, ihm aber in Aussicht gestellt, wenn er den angerichteten Schaden in Höhe von 3000 Mark wieder gut mache.

Die Alpen im Winterkleid.

In den Schweizer Bergen ist seit Sonnabend nacht reichlich Schnee gefallen, und zwar bis gegen 900 Meter herunter. In den Hochalpen mißt die neue Schneedecke schon gegen 30 Zentimeter. In den Höhenlagen von 2000 Meter ist die Temperatur schon unter dem Nullpunkt.

„Die Hehe um jeden Preis.“ Genosse Profat bittet uns, mitzuteilen, daß er in der Wählerinnerversammlung auf dem Wedding nicht die Kreditbewilligung an die Sklarets als verbrecherischen Leichtsinns bezeichnet habe. Er habe vielmehr die Art und Weise, wie die Sklarets die Kredite abgehoben konnten, leichtfertig genannt.

Die gute
Armband- u. Taschen-Uhr
Große Auswahl, enorm billige, lange Garantie
Hermann Wiese Artilleriestraße 30
Passauer Straße 12
Neu eröffnet: Kottbuser Damm 2

Reinwollener
Kammgarn
für 39⁵⁰

Hätten Sie das für möglich gehalten?

Da sehen Sie nun wieder, wie vernünftig es ist, bei uns zu kaufen.

Daß unsere Preise so erstaunlich niedrig sind, das weiß heute wohl jedermann.

Aber erst die guten Qualitäten, die Sie bei uns dafür bekommen, sind das wirklich Erstaunliche!

Denken Sie nur — für 39,50 solch vollwertige Kleidung! Und nun erst für 50,— oder gar 60,— Mark??

Überlegen Sie nicht lange — — —

GEHEN SIE ZU

Königstr. 33 Chausseestr. 113
Am Bhl. Alexanderplatz Beim Stettiner Bahnhof

C&A
BRENNINKMEYER

(Nachdruck von Wort und Bild verboten.)

Schriftliche Bestellungen auf die obigen Angebote können nicht berücksichtigt werden!

Fleischteuerung — Schlechtes Brot.

Die Pläne der Agrarier. — Wie das Roggenproblem zu lösen ist.

Auch das Zentrum hat sich gestern beim Reichs- ernährungsminister Dr. Dietrich für die Erhöhung des Gerstenzolls und einen Beimischungszwang für Roggen ein- gesetzt. Vertreter der „Grünen“ Front haben ihre For- derungen beim Reichspräsidenten vorgetragen.

Auf zwei schlechte Roggenjahren in den Jahren 1926 und 1927 sind in Deutschland zwei gute Roggenjahren gefolgt. Die Roggen- preise, die bei dem knappen Angebot 1926 und 1927 zeitweise sogar die Weizenpreise überflutet haben, lagen im letzten Jahr und zur- zeit mehr in der Nähe der Futtergetreidepreise, da bei dem hohen Roggenangebot ein sehr großer Teil der deutschen Roggen- ernte verfüttert werden muß. Obwohl die schlechten Roggen- preise durch Mehretrag und gesteigertem Verkauf weitgehend aus- geglichen sind, werden von der deutschen Landwirtschaft täglich

neue Forderungen zur Hebung der Roggenpreise erhoben.

Der allernächste Vorschlag dieser Richtung wurde vor wenigen Tagen von Dr. Meißel in der „Deutschen Getreidezeitung“ gemacht. Meißel schlägt zur Hebung der Roggenpreise einfach eine weitere Erhöhung der Roggenzölle und vor allem der Roggeneinfuhrzölle vor. Die Einfuhrzölle werden bekanntlich in Höhe des Zolles (6 M. pro Doppelzentner) bei Zufuhr von Roggen aus Deutschland gewährt. Mit den Einfuhrzöllen, die ein starkes Exportdumping im Ausland ermöglichen, kann dann bei der Einfuhr anderer Getreidearten der Zoll bezahlt werden. Bereits im Jahre 1928 sind durch Einfuhrzölle 60 Millionen Mark Zölle bezahlt worden. In diesem Jahre dürfte sich der Verlust der Reichskasse aus den Einfuhrzöllen auf rund 100 Mil- lionen Mark belaufen. Die Einfuhrzölle sind gerade beim Roggen nichts anderes als eine Verschleuderung des deutschen Roggens im Ausland auf Kosten der deutschen Steuerzahler, gegen die sich übrigens auch die ausländische, insbesondere die englische Landwirt- schaft immer schärfer wendet.

Jede erneute Roggenexportförderung ist wirtschaftlicher Unsinn, denn wir haben ja in Deutschland keineswegs eine absolute Roggenüberproduktion, sondern der Roggen kann nur infolge der deutschen Preisverhältnisse bisher bei großen Enten nicht in vollem Umfange in Deutschland verwertet werden, weil eine Verfütterung des Roggens in den westdeutschen Futtergetreidebezugsgebieten unwirtschaftlich ist. Große Mengen deutschen Roggens werden daher bisher mit hohen Exportverlusten für das Reich ins Ausland exportiert und dort verfüttert; als Ersatz des aus Ostdeutschland exportierten Roggens wird dann im Westen Deutschlands Futtergerste für die Schweinemast eingeführt. Es dürfte nicht schwer sein, wirtschaftspolitische Maßnahmen zu

finden, um die großen, im Westen verfütterten Gersten- und Mais- mengen teilweise durch deutschen Roggen zu ersetzen.

Höhere Zölle für Futtergerste — teures Schweinefleisch.

Ein absolut ungeeignetes und sowohl die nordwestdeutsche bäuer- liche Landwirtschaft wie auch die Verbraucherschaft außerordentlich schwer schädigendes Mittel zur Erreichung dieses Zieles wäre die Erhöhung der Futtergerstenzölle von 2 auf 5 M. pro Doppelzentner, wie sie gegenwärtig vom extremen, großagrari- schen Teil der „Grünen Front“ gefordert wird. Nicht nur würde eine solche Maßnahme die Interessen der nordwestdeutschen bäuer- lichen Landwirtschaft um mindestens 70 bis 100 Millionen Mark im nächsten Jahr, das ohnehin schlechte Schweinepreise bringen wird, schädigen, sondern auf die Dauer müßte aus einer solchen Zoll- erhöhung auch ein allgemeines Steigen der Schweinepreise um den Betrag der neuen Futtergerstebelastung und damit eine Verteuerung des Schweinefleisches für die Konsumenten um 300 bis 400 Millionen Mark befürchtet werden. Bauern- schaft und Verbraucherschaft haben daher allen Anlaß, mit allen Mitteln gegen die geforderte Erhöhung des Futtergerstenzolles an- zukämpfen.

Die nordwestdeutsche bäuerliche Landwirtschaft hat auch bereits energisch gegen die Erhöhung des Futtergerstenzolles protestiert. Allerdings vermischt sich bei diesen Protesten mit vernünftigen volks- wirtschaftlichen Erwägungen kleinliche Interessen- politik. Wenn z. B. der demokratische Reichstagsabgeordnete Lanzen gegen die Futtergerstenzollerhöhung nur protestiert, weil es vielen Bauern un bequem ist, von ihren alteingefahrenen Ge- wohnheiten, Gerste an die Schweine zu verfüttern, abzugehen und sich auf teilweise Roggenverfütterung umzustellen, so kann diese merkwürdige Einstellung objektiver Kritik keineswegs standhalten. Nach zahlreichen Fütterungsversuchen in den verschiedensten wissen- schaftlichen Instituten und in der Praxis ist es ohne Schwierigkeiten und ohne Beeinträchtigung der Gesundheit der Schweine und der Fleischqualität möglich, 20 bis 40 Proz. der verfütterten Gerste durch Roggen zu ersetzen.

Beimischung von Roggen zum Weizen — schlechtes Brot.

Ebenso durchsichtig sind die Interessentenwünsche, wenn die Futtermittelimporteure mit absolut leeren Argumenten gegen die Verfütterung von Roggen Stellung nehmen und anstatt dessen, mit ähnlich durchsichtigen Zielen wie Lanzen, eine Erhöhung des menschlichen Roggenverbrauchs durch einen Roggenbei- mischungszwang vorschlagen. „Heiliger St. Florian, ichen mein Haus, zünd' andre an!“ kann man dazu nur bemerken. Auch von agrarischer Seite wird neuerdings vorgeschlagen, einen dem

Vermahlungs- und Beimischungszwang für Roggen einzuführen.

In dieser Sache wurde bereits wiederholt die unsinnige Ein- führung des Vermahlungs- und Beimischungszwanges für Weizen, die nur unnütze Spazierfahrten für Getreide in Deutschland zur Folge hat, scharf kritisiert. Ein Roggenbeimischungszwang, der so gedacht ist, daß zum Weizenmehl und zum Weizenbrot zwangs- weise 15 Proz. Roggen beigemischt werden, wäre aber ein noch viel größerer wirtschaftlicher Unsinn. Er würde die sich langsam bessernde Ernährung der Massen verschlechtern.

Es ist ein Verstum zu glauben, daß ein Roggenbeimischungszwang eine erhöhte Nachfrage nach deutschem Getreide nach sich ziehen würde. Bei Roggenbeimischung zu Weizenbrot würde in erster Linie die Nachfrage nach deutschem Weizen zurückgehen, da bei zwangsweiser Roggenbeimischung die Vermahlung von ausländi- schem Qualitätsweizen in erhöhtem Umfange notwendig wird. Der Mehrverbrauch an Roggen würde also einen Minderverbrauch an deutschem Weizen nach sich ziehen. Im ganzen würde die Qualitätsverschlechterung des Brotes sicherlich einen verstärkten Rückgang des Brotkonsums und damit das Gegenteil des erwünschten Zieles zur Folge haben. Es muß doch sehr merkwürdig erscheinen, daß man einen Roggen- überschuß mit ähnlichen Mitteln, nämlich Verschlechterung der Lebenshaltung bekämpfen will wie im kriegenden Getreide- mangel. Vernünftigerweise muß eine steigende Erzeugung nicht eine Ernährungsverschlechterung, sondern eine Verbesserung und Hebung des Lebensstandards zur Folge haben.

Die mögliche Lösung.

Die Abfahrschwierigkeiten für Roggen können nur durch ver- stärkte Roggenverfütterung an Stelle von Gerste- und Maisverfütterung gelöst werden. Keineswegs ist hierzu eine Er- höhung der Gerstenzölle notwendig, wohl aber sollte zur Einführung einer verstärkten Roggenverfütterung eine gewisse Staats- beihilfe erwogen werden. Das Roggenproblem muß in einer Weise gelöst werden, die sowohl eine Schädigung der Verbraucher- schaft als auch der bäuerlichen Landwirtschaft ausschließt.

Zinsenkung in London.

Diskontsatz von 6 1/2 auf 6 Proz. gesenkt.

Die Bank von England, die erst am 26. September in- folge harter Goldverluste gezwungen war, ihren Diskont von 5 1/2 auf 6 1/2 Prozent heraufzusetzen, hat gestern ihren Diskont- satz auf 6 Prozent ermäßigt.

Diese Maßnahme der Bank von England ist für den euro- päischen Geldmarkt von größter Bedeutung. Sie steht in engem Zusammenhang mit den Kurseinbrüchen an der New-Yorker Börse, die einen sehr starken Geldabfluß nach Europa zur Folge gehabt haben. Das Zurückströmen englischer Gelder nach London hat zu einer Steigerung des Pfundfußes von 4,84 1/2 auf 4,88 Dollar



Norden ★ Müllerstr.

143a

Eröffnungs-Angebote

- Schwarze Kinder-Stiefel 5²⁵
kräftiges Rindbox, mit Oesen oder Agraffen, be- währter Schuhschneid, Größe 31/35 M 5.99, 27/30
- Lackleder-Spangenschuhe 5⁵⁰
für Kinder, halbartes Material, moderne Formen, saubere Ausführung, Größe 31/35 M 6.25, 27/30 M
- Schwarze Damen-Spangen 4⁹⁵
in neuer Form, mit hohem oder niedrigem Absatz, hübsches Modell, eine ganz besondere Leistung, M
- Lackleder-Spangenschuhe 8⁸⁵
aparte Zierstepperei, moderne Form, mit editem LXV-Absatz, elegantes Modell, sehr preiswert M
- Schwarze Ueberziehschuhe 7⁵⁰
für hohen oder niedrigen Absatz, echt russisches Fabrikat, bewährte Qualität, besonders billig M
- Schwarze Herren-Stiefel 9⁸⁵
kräftiges Rindbox, Derbyschnitt oder Ringsabsatz, breite oder spitzte Form, weiß gedoppelt . . . M
- Doppelsohlige Herren-Stiefel 12⁸⁵
prima Mastbox, breite Form, mit Derbyschnitt, besonders kräftiger Strapsstiefel . . . M

Jedes Kind erhält eine SCHUHOF-Windmühle

Eröffnung Freitag d. 1. Nov. nachmittags 4 Uhr



SCHUHOF

1 Paar Strümpfe gratis
beim Einkauf von 5 RM an
am Eröffnungstage

im Laufe der letzten Woche geführt, wie auch der Dollar gegenüber der Markvaluta infolge großen Dollarangebots mit 4177 sehr schwach lag.

Man kann mit Sicherheit annehmen, daß die Entscheidung der Bank von England durch eine unmittelbar bevorstehende Diskontenmäßigung der New-Yorker Bundes-Reservebank beeinflusst wurde. Der Diskontsatz der New-Yorker Bundes-Reservebank ist am 8. August von 5 auf 6 Prozent heraufgesetzt worden.

Die Maßnahmen der Bank von England und die mit Sicherheit bevorstehende Kreditverbilligung in New York werden auch die Entwicklung auf dem deutschen Geldmarkt nachdrücklich beeinflussen. Die Deutsche Reichsbank war während der Krise in den Pariser Young-Plan-Verhandlungen infolge großer Gold- und Devisenverluste zu einer Diskonterhöhung von 6% auf 7% Prozent gezwungen. Bei der überragenden Bedeutung des amerikanischen und englischen Geldmarktes für die Geldversorgung der kapitalistischen Staaten ist die Zinshöhe in London und New York entscheidend für den Zinssatz am Weltmarkt und in Deutschland. Da die Situation der Reichsbank durch die Kreditverbilligung in England sich sehr erleichtert hat, wird man auch in Deutschland in absehbarer Zeit mit einer Senkung des Reichsbankdiskonts rechnen können.

Die überflüssige Britenvertierung.

Gegen die Arbeiterstimmen beschlossen. — Die Sitzung der Kohlenwirtschaftsorgane.

Ueber die am Mittwoch stattgefundene Sitzung des Großen Ausschusses des Reichskohlenrates hören wir, das der Preiserhöhungsantrag des Rheinischen Braunkohlen-Syndikates, durch den der jetzige Grundpreis von 14 M. für Hausbrandkreuz auf 15 M. pro Tonne erhöht wird, mit den Stimmen der Unternehmer, des Handels und eines Teiles der Verbraucher angenommen worden ist. Die Arbeitnehmervertreter hatten zunächst wegen der unzureichenden Begründung des Antrages die Vertagung bis zur Vorlage genauer Unterlagen verlangt. Der Vertreter der städtischen Kohlenverbraucher hat sich ebenfalls für eine einstweilige Vertagung ausgesprochen.

Eine wirtschaftliche Notwendigkeit für die Preiserhöhung der rheinischen Braunkohle ist nicht erkennbar. Das Rheinische Syndikat hat geglaubt, die Erhöhung lediglich aus der gegenwärtigen Marktlage rechtfertigen zu können, die seiner Meinung nach die Erzielung höherer Preise zuläßt. Gegen diesen Gesichtspunkt sind von den Arbeitnehmern ernste Bedenken geltend gemacht worden. Seit 1924 hat sich die rheinische Britenproduktion annähernd verdoppelt, während die Belegschaft um 10 Proz. zurückgegangen ist; die Arbeitsleistung je Mann und Schicht von 25,9 Tonnen stellt 197 Proz. der Arbeitsleistung für 1924 und 218 Proz. derjenigen von 1913 dar! Daraus folgt eine erhebliche Verringerung des Lohnanteiles, der auch nach der letzten durch Schiedspruch erfolgten Lohnerhöhung im Kölner Bezirk immer noch erheblich unter dem Stand von 1924 bleibt.

Bei dieser Sachlage haben die Arbeitnehmer, denen sich ein Teil der Verbrauchervertreter anschloß, keine Veranlassung, dem Verlangen des Rheinischen Syndikates ihre Zustimmung zu geben. Dennoch wurde dieser Antrag, für den sich der Reichskohlenverband einstimmig einsetzte, mit 13 gegen 8 Stimmen angenommen. Der Vertreter des Reichswirtschaftsministers hat, wie-

wohl er einen Teil der vorgetragenen Bedenken würdigte, von der Einlegung eines Einspruchs Abstand genommen.

In der Aussprache über den vom Geschäftsführer des Reichskohlenrates, Bergbaupräsident Bensch, erstatteten Bericht über die Lage der Kohlenwirtschaft wurde besonders eingehend der Stand der internationalen Verständigungsbemühungen behandelt. Der Vorsitzende des Bergbauindustriearbeiterverbandes, Husemann, wies eindringlich auf die Notwendigkeit hin, beim Zustandekommen einer Gemeinschaftsaktion, wie sie durch die Genfer Kohlenbesprechung angebahnt worden ist, die Interessen der Bergarbeiter nicht zu vernachlässigen. Die von den Bergarbeitern angebotene Mitwirkung und Mitverantwortung sei ein wesentliches Erfordernis für eine allen Beteiligten nützliche Konsolidierung der europäischen Kohlenwirtschaft.

Labourregierung und Bergbau.

Ab 1. April 7 1/2 stündige Arbeitszeit.

Die Labour-Party-Regierung hat jetzt ihr Programm für die Reformen in englischen Bergbau veröffentlicht und den Gewerkschaften und Unternehmern die Vorschläge zur Stellungnahme zugestellt.

Im Mittelpunkt des Reformprogramms steht die Senkung der Arbeitszeit im englischen Bergbau von 8 auf 7 1/2 Stunden, die im April nächsten Jahres durchgeführt werden soll. In dem Programm ist das Lohnproblem nicht angeschnitten worden, jedoch hat Snowden in einer kürzlich gehaltenen Rede klipp und klar festgestellt, daß an eine Lohnsenkung infolge der Verringerung der Arbeitszeit nicht zu denken sei.

Das im Aufbau begriffene britische Kohlenyndikat soll seine Tätigkeit bereits vom 1. Januar 1930 an aufnehmen. Wie bereits früher mitgeteilt, ähnelt das englische Syndikat in seinem Aufbau sehr dem rheinisch-westfälischen Kohlenyndikat. Zum Schutze der Verbraucher wird nach dem Vorbilde des deutschen Reichskohlenrates eine Kontrollinstanz für die einzelnen Distrikte geschaffen, in der unter einem neutralen Vorsitzenden je ein Vertreter der Gewerkschaften und der Unternehmer sowie zwei Vertreter der Verbraucherschicht sitzen. Wie im Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikat eine Umlage je geförderte Tonne Kohle erhoben wird, mit deren Hilfe Verluste der Betriebe finanziert werden, sollen auch im britischen Syndikat derartige Abgaben zur Bezahlung von Ausfuerverlusten eingeführt werden.

Das neue Landwirtschaftskammergesetz.

Der Entwurf zu einem neuen Landwirtschaftskammergesetz ist soeben dem Staatsrat zugegangen. Der Amtliche Preussische Pressedienst gibt aus diesem Entwurf folgendes bekannt:

Als wichtigste Änderung, die den weiteren Ausbau der Berufsvertretung bezweckt, sieht der Entwurf die Einbeziehung der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer in die Landwirtschaftskammern vor. Für das Maß der Beteiligung der Arbeitnehmer, zu denen auch die mitarbeitenden Familienangehörigen rechnen, stellt der Entwurf den Grundatz auf, daß ein Drittel der Sitze in den Kammern den Arbeitnehmern zufallen soll, während den Betriebsinhabern zwei Drittel der Sitze verbleiben. Durch Satzungsbestimmung soll indes das Anteilsverhältnis abweichend geregelt werden können, wenn die Zahl der auf die Betriebsinhaber einerseits und die Arbeitnehmer andererseits entfallenden Berufsangehörigen erheblich von dem Durchschnitt für das Staatsgebiet abweicht.

Musterarbeit eines Konsumvereins.

Jahresbericht des Konsumvereins „Vorwärts“ Dresden.

Der Konsumverein Vorwärts-Dresden legt auch für das verfloßene Jahr 1928/29 einen glänzenden Abschluß vor. Die Mitgliederzahl stieg sich von rund 68 200 auf 80 300. Für den Gesamtumsatz liegt eine Erhöhung von 47,55 Millionen Mark im Vorjahre auf 57,40 Millionen Mark vor. Pro Mitglied wuchs der Durchschnittsumsatz von 608 auf 714 M. an. Pro Beteiligungskraft hat sich der Durchschnittsumsatz von 39 200 auf 41 450 gesteigert.

Der Konsumverein Dresden hat sich auch im verfloßenen Jahre als Preisregulator behährt. Das geht z. B. aus der Milchverteilung hervor. Die Umsatzmenge steigerte sich von 4314 Millionen Litern auf 4621 Millionen Liter. Der Abgabepreis pro Liter betrug am Schluß des Geschäftsjahres beim Konsumverein Vorwärts 28 Pf., bei dem übrigen Kleinhandel 30 bis 31 Pf. Die Preisstellung des Konsums verhinderte eine weitere Steigerung des Milchpreises. Der Umsatz in Brot, Weiß- und Feingebäck erhöhte sich um rund 355 000 M. auf 7,934 Millionen Mark. Der Konsumverein Vorwärts hat die Brotversorgung im Bezirk Dresden maßgebend beeinflusst, so daß Dresden die niedrigsten Brotpreise im Deutschen Reich hat. Die Mitglieder des Konsumvereins Vorwärts haben daneben noch den Vorteil, daß die für 1928/29 einen Sparbeitrag in Höhe von 3 Millionen Mark ausbezahlt. Drei Millionen Mark! Diese Summe wird den Käufern wieder zugesührt.

Leider muß der Konsumverein Vorwärts in seinem Geschäftsbericht von zahlreichen Schikanen der Behörden berichten. Diese haben anscheinend immer noch nicht die wirtschaftliche Bedeutung der Konsumgenossenschaftsbewegung erkannt. Die Wähler können am 17. November, dem Tag der Gemeindevahlen, dazu beitragen, daß ihnen hier das richtige Licht aufgeht.

Der Lebenshaltungsindeks im Oktober. Die Reichsindeks für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „Sonstiger Bedarf“) ist nach den Feststellungen des statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats Oktober mit 133,5 gegenüber 133,6 im Vormonat nahezu unverändert geblieben. Die Indizes für die einzelnen Gruppen betragen (1913/14 gleich 100): für Ernährung 133,8, für Wohnung 126,5, für Heizung und Beleuchtung 132,6, für Bekleidung 170,8, für den „Sonstigen Bedarf“ einfa. Ber. 192,2.

Aktive Handelsbilanz für Sowjetrußland. Der russische Außenhandel über die europäischen Grenzen war im Jahre 1928/29 mit 25 Millionen Rubel aktiv. Insgesamt erhöhten sich Einfuhr und Ausfuhr gegenüber dem Vorjahre um 1420 auf 1456 Millionen Rubel. Der Außenhandelsumsatz stieg also um 2% Proz. Die Ausfuhr erhöhte sich dabei um 13,6 Proz. auf 722,7 Millionen gegen 636,2 Millionen Rubel im Vorjahre. Die Einfuhr ging auf 697,2 gegen 820,1 Millionen Rubel im Vorjahre zurück. Der letzten Aktivität mit rund 25 Millionen stand im Vorjahre noch eine Passivität des Außenhandels mit rund 184 Millionen gegenüber. Die Ausfuhr von Industriegütern und -erzeugnissen stieg um 34,3 Proz. auf rund 380 Millionen Rubel; der Anteil des industriellen Exports an der Gesamtumsatz erhöhte sich von 45,5 auf 53,8 Proz. Am stärksten sind bei der Ausfuhrsteigerung Rohstoffprodukte und Holz beteiligt, während die landwirtschaftliche Ausfuhr durch den Anstieg des Getreideexports einen Rückgang aufweist. Die Einfuhr für Industriezwecke ist gegenüber dem Vorjahre von 75 auf rund 92 Proz. der Gesamteinfuhr gestiegen.



Flatter
Ottoman-Haaret
ganz auf Futter
mit großen Patz-
kragen u. Fecht-
manschetten
59,00

Sakko-
Anzug
aus halbbarem
Cheviot, mod.
Streifen
45,00

Elegantes
Kleid
reine Wolle
14,75

Herrn-
Ulster
schwere Qualität
mit Absatta
48,00

Neu aufgenommen:

MÖBEL aller Art

Komplette Schlafzimmer, Speisezimmer,
Herrenzimmer, Wohnzimmer, Küchen,
Einzelmöbel, Polsterwaren, Metallbetten

OHNE ANZAHLUNG

Bis 24 Monatsraten

Auf alle Fälle
zu
Modern

1 Kaufhaus Modern ist stadtbekannt
für billigste Preise auf

TEILZAHLUNG

2 Kaufhaus Modern ist stadtbekannt
für günstigste Zahlungsbedingungen

3 Kaufhaus Modern bringt stets
die letzten Neuheiten!

DAS GILT FÜR JEDERMANN:

Sei modern kaufe auf

TEILZAHLUNG

IM
KAUFHAUS

Modern

IM OSTEN: IM SÜDEN:

Gr. Frankfurter Str. 101 + Kottbuserdamm 72

Ecke Krautstr. Am Straußberger-Pl. Ecke Lenaustr. Nähe Hermann-Pl.

Herrn-Ulster
36.- 39.50 45.- 52.- 55.- 78.-
85.- 95.- bis 150.- M

Herrn-Paletots
49.- 58.- 65.- 72.- 85.- 92.-
98.- 110.- 118.- bis 140.- M

Sakko-Anzüge
36.- 39.- 45.- 58.- 65.- 72.-
85.- 95.- bis 150.- M

Smoking- u. Frackanzüge
Burschen- u. Knabenkleidung
Berufs- und Arbeiterkleidung

Damen - Mäntel
16.- 22.- 29.- 36.- 45.- 55.-
63.- 78.- 85.- bis 175.- M

Pelzmäntel
In großer Auswahl

Woll-Kleider
12.- 16.- 19.- 24.- 28.- 33.-
38.- 42.- 48.- bis 70.- M

Seiden - Kleider
mit langem und kurzem Arm
12.- 16.- 18.- 23.- 28.- 32.-
37.- 45.- 58.- bis 150.- M

Damen - Mäntel und -Kleider
In extra großen Weiten

Kinder - Mäntel
In allen Längen

Baumwollwaren, Inlette,
Tisch-, Leib- u. fertige

Bettwäsche
Woll- und Strickwaren, Ober-
hemden, Damen- u. Herren-
Trikotagen

Teppiche, Läuferstoffe
Vorleger, Brücken, Tisch-,
Stepp- und Diwanddecken,
Gardinen, Gardinestoffe

Bettfedern, fertige Betten

Schuhwaren
für Damen, Herren u. Kinder,
Ineinfach- u. Luxusausführung

Inge Stramm: Kreis im Kreise

Sonntagabend. . . Schon hängen Sterne am nachdunklen Himmel über der Großstadt. Die hohen Mietshäuser im Norden Berlins drängen sich eng und lastend zusammen. Die flackernden Gaslaternen verschatten die Straße nur. Ein verwehtes Wandersied. Ein Baulenklang. . . Junge Mensch lachen und schütteln sich die Hände zum Abschied. In ihren Haaren hängt noch der Atem des Waldes. Ein Schlüssel klappert im Schloß. Schritte verhallen.

Vene Kruschke steigt die enge Hintertreppe zum dritten Stock empor. In dem dunklen Korridor riecht es nach Kohl und feuchter Mäße. Sie hängt ihren Ledermantel an einen Haken und summt ein leises Lied.

In der Küche brennt noch das Licht. Vater sitzt in eine Zeitung vertieft am Küchentisch und Mutter fädelt. Die Wasserleitung tropft.

Niemand steht auf, als das Mädchen eintritt. Nur Mutter fragt, indem sie einen neuen Faden einfädelt:

„Geht's nächsten Sonntag wieder so früh los, Vene?“

„Ja, Mutter, aber der Tag ist immer noch viel zu kurz für all das Schöne da draußen und wir hatten so keine Gespräche dabei von . . .“

Da fährt der Vater auf und knüllt die Zeitung zusammen:

„Gang bloß nicht wieder an mit jenem Bequatsche von Gott und de Sterne unds Gutel Kumpfy alles. . .! Draß ist das Leben. . .! Nur immer schustern, bis de uff die Nase liegt, damit andere sich amüsieren können! Jawoll!“ Der erregte Mann schlägt mit der Faust auf den Tisch. Etwas klirrt und fällt zu Boden. Ein Fluch entringt sich den Lippen des Mannes. Er hat sich an einer Gabel, die unter der Zeitung auf dem Tisch lag, getroffen.

„Tut's sehr weh, Vater?“ fragt das Mädchen verflört.

„Geh schlafen, Vene!“ bittet die Mutter, mit einem Blick auf den Vater, der die schmerzende Hand unter die Wasserleitung hält. Das Mädchen zögert:

„Wenn ich dir doch helfen könnte, Vater, daß du anders denkst. Wir müssen uns doch alle gegenseitig helfen.“

„So, hat dir Vater mal einer was geschenkt?“ höhnt der Mann.

„Nicht so, Vater, sein Brot erarbeiten muß jeder, und schwer ist es immer, wenn es oft auch ganz anders aussieht. Und glaub mir, glücklich sind auch die wenigsten dabei. Aber es gibt nur eine Hilfe: Nicht blind verdammen und dem Schein nach urteilen. . . Ein wenig Verständnis nur aufbringen, ein wenig Anteilnahme. Jeder trägt seine Last. . . Aber das Wissen um Gemeinsamkeit macht das Leben schon heller, macht alles leichter. . .“

„Halts Maul!“ sagt da der Mann, „und mach, daß de ins Bett kommst!“ aber in seiner Stimme ist ein anderer Klang als vorher.

Um den Mund des Mädchens blüht ein ganz kleines Lächeln.

„Daß man die Vene“, sagt die Mutter, „die ist schon richtig!“

„Was weißt du denn davon?“ brummt der Mann, „verdienen tut je dabei noch nicht so wille wie die Hilde zum Beispiel non Müllers!“

„Dafür gibt se noch keen Geld für seibene Strümpfe aus und . . . einen Freund hat se woll auch noch nicht!“

Die Frau bückt sich über die Röhre.

Der Mann erwidert langsam:

„Ra. . . . der wär auch noch schöner. . . . sowat unjer Mädchen. . . . unsere Keene Vene. . .!“

Der Mann sitzt wieder am Tisch, den Kopf in die Hand gestützt. Die Wasserleitung tropft. . . .

Montagmorgen. . . In dem großen Fabriksaal stampfen die Maschinen. Regengraues Vormittagslicht fällt durch schmutzige Fenster, liegt lastend über arbeitende Menschen. Ein unterdrückter Fluch. Ein trodener Husten. Alles erirnt im Lärm der Maschinen. Nur die Stimme des Wertführers ist mächtiger.

„Zum Donnerwetter, Piesede, wenn Se denken, Se können hier faulenzgen. . .?“

Der Angerufene fährt zusammen und beginnt etwas zu stottern. In seinem übermäßig ausgehenden Gesicht brennen flackernd die Augen.

„Reden Se nich, arbeiten Se gefälligst, sonst . . .“

Der Wertführer, Herr Kruschke, ballt die Faust. Da geschieht es, daß die kleine Wunde, die er sich gestern abend gerissen hat, zu schmerzen beginnt. Rief dort nicht jemand? Nein! Die Worte erwachen in ihm. Die Worte seiner Tochter: . . . nicht blind verdammen. . .!“

Herr Kruschke zwingt den Blick noch einmal zurück zu dem Mann, sieht gezwungene, fiebrig hastende Bewegungen. Schwer ringt es sich ihm los:

„So geht das doch nich, Piesede! Sind Se krank?“

Stiel ausgerichtet beginnt der andere wieder zu sprechen:

„Nein, das nicht, aber meine Frau hätte einen Unfall gehabt und nun läge sie allein zu Haus und der Arzt hätte gesagt, heute wäre die Krise, heute würde sich's entscheiden, ob . . .“

Freig Piesede kann plötzlich nicht weiter sprechen. . . . Dem Herrn Kruschke würgt etwas in der Kehle. Er muß sich erst räuspern. Zweimal leht er an:

„Ra. . . . Ra, denn machen Se man, daß Se nach Haus kommen, für heute haben Se denn Urlaub und . . . gute Besserung für die Frau!“

Damit geht er schon weiter.

Freig Piesede starrt ihm nach und begreift alles noch nicht ganz. Zwei andere Arbeiter aber stoßen sich an und grinsen:

„Der Ose hat wohl 'nen Koppel gekriegt, seit wann pfeift der denn aus die Lufe?“

„Ra, pießeicht wird es jezt een bioten gemütlicher hier, dei tut wirklich not!“

Und die Maschinen stampfen. . . .

Freig Piesede öffnet ganz leise die Kammertür. Alles ist so ruhig in der kleinen Wohnung. Die Stille bedrängt sein Herz. Doch der Arzt hat gesagt, wenn seine Frau schlafen könnte, wäre schon Hoffnung zur Besserung. Aber Frau Piesede schläft nicht. Unruhig wirft sie sich umher.

„Freig!“ stöhnt sie, als sie ihren Mann sieht. Ihre Augen blicken schon klarer.

„Wie gut, daß de da bist, Friße. Die Heimarbeit muß doch gekessert werden! Eber hab ik keene Ruhe. . . .! Ik hab's doch so feste versprochen bis heute mittag. . . . geh doch. . . . da liegt dei Tafel. . . . denn. . . . denn könnt id woll schlafen. . . .!“

Die Frau läßt sich matt in die Kissen zurücksinken.

Der Mann nickt nur. Dann macht er ein paar Schritte, um das Fenster zu schließen. Draußen lärmten Kinder. Die Stadtbahn rasselte. Ein Leierkasten spielt. . . .

Auf der Straße fällt es dem Mann ein:

„Ra, is man gut, daß ich mal selber hinkomme zu den feinen Fräuleins, den Malerinnen, die die Heimarbeit vergeben. Da quält sich meine Frau, immer in Hege, für ein Lumpengeld, und die selber leben, heid, in einem feinen Atelier mit Künstlerfesten und so. . . . Ra, denen werd ich mal Bescheid sagen!“

Fünf Treppen hoch, unterm Dach, liegt das Atelier für Seidenmalerei. Der Mann pustet ein bißchen, wie er oben ankommt.

„A dachte ooch, die hätten 'nen Fahrstuhl?“ brummt er vor sich hin, dann klopft er an die Tür. Ein junges Mädchen im weißen Walkittel öffnet ihm. Er sagt seinen Namen und will noch mehr sagen, aber schon unterbricht das Mädchen ihm:

„Oh. . . wir haben schon so auf Ihre Frau gewartet. Wir müssen doch heute noch die Sachen bei der Firma liefern!“

„Ra, und wenn Se nicht gekessert hätten, wär's ooch gegangen!“

„Rein!“ sagt das Mädchen, „dann. . . hätten wir die Kundschaft des Großisten verloren. . . die Konkurrenz ist überall hinterher.“

„Aber verdienen tun Se schon genug bei die Sache, wo Se Ihren Heimarbeitern nur so'n paar Groschen bezahlen. . . .! Ik habe meiner Frau schon so oft Krach gemacht, daß Se für so'n

Lumpengeld überhaupt arbeit. . . da verdien id doch anders. Dei sollte mir mal einer bieten. Ins Gesicht schmiß id's ihm! Dei mollte ik Ihnen nur sagen!“

Seine Stimme wird ganz heiß vor Erregung.

„Lieber Mann!“ stammelt das Mädchen vollkommen hilflos. „Lieber Mann! Arbeite ich nicht selber noch die halben Nächte durch, damit ich überhaupt von dem Verdienst leben kann. Glauben Sie, ich möchte gar keine Heimarbeit weggeben, aber man macht sich ja ganz kaputt. . . . Ich bin schon immer müde. . . . Und wenn die Arbeit nicht ganz tadellos ausfällt. . . die Konkurrenz unterbietet jeden Tag die Preise! Ihre Frau bittet auch immer noch um mehr Arbeit, als sie eigentlich schaffen kann. Sie hat's wohl auch jezt schwer?“

„Aec, eigentlich brauchte se das gar nicht. . . .! Ik versteh dei nich. . . ! Und nu is se man krank.“ Der Mann erzählt plötzlich sehr befangen von dem Unfall, doch daß es wohl jezt bald besser würde.

Dann streckt er dem Mädchen seine derbe Hand hin. Er sieht jezt erst, wie schmal die Gestalt des Mädchens ist und wie blaß das Gesicht unter dem dunklen Haar.

„Nu. . . denn entschuldigen Se man, Fräulein. . . und wenn meine Frau denn nachher wieder bei Ihnen kommen darf?“

Das Mädchen lächelt. Durch das große Glasfenster fällt ein schmaler Streifen Sonne. Rote Blüten in einer Vase flammen leuchtend lebendig in diesem Licht.

Sehr langsam geht der Mann die fünf Treppen wieder hinunter.

Richard Gerlach: Paradiesvögel

Der große Paradiesvogel trägt sein Gefieder wie ein Schleppekleid. Ich starrte ihm nach, als wäre mir eine schöne tote, eine längst Verstorbene, die Jenug Lind oder eine Kaiserin von China begegnet. Falb und weiß zerrann der Schmuckfederbusch wie eine sprühende Fontäne. Es war mir, als träumte ich den Traum eines Scheriffs von Bagdad. Und ich tastete meine eigenen Augen ab, ob ich ihnen trauen sollte. Auf einen Ast getraut, groß wie ein Kabe, sah in seinem Käfig der Vogel, den die ersten Entdecker Göttervogel nannten. Es war kein Zweifel, er war von weiter her aus dem Dunkel der Au-Inseln gekommen und strahlte in seiner unglaublichen Schönheit. Bewußt, wie mit dem Saft einer Melone getränkt, schimmerte der Kopf, Stirn, Rinn und Kehle stritten goldgrün. Flügel und Schwanz waren mattbraun abgetönt. Die zwei Helmbüschel aber walteten zu beiden Seiten die zerfällenen Stierfedern herab.

Gravitätisch humpelte der Vogel auf dem Zweig von rechts nach links und löste seine Füße so langsam und widerstrebend, als seien sie festgeklebt. Blindlings stürzte er sich in die Tiefe auf einen unteren Ast, mit einem merkwürdigen Aua, bedacht, das kostbare Kleid nirgends anzustreifen. Dann blökte er eine Weile reglos da und begann sich zu putzen. Ich mußte an die schlanken Finger der Mädchen denken, wenn sie die Radenhärdchen schnell noch einmal zupfen, ehe sie in den Theateraal tänzeln. Ich fragte mich, warum man dem Vogel keinen Spiegel gegeben hatte. Es hätte einer mit goldgeschmiedetem Rahmen sein müssen. Feder für Feder zog er fast ängstlich durch den dünnen graublauen Schnabel, den Körper fest an den Ast geschmiegt, den Kopf zärtlich hin und herbiegend. Flüchtig, wie man einen Fächer aufmacht, spreitete er die Flügel. Sentrecht unter ihm waltete die Bruntschleppe.

Plötzlich schien ihm etwas einzujucken. Den Hals kampflustig vorgestreckt, schrie er melancholisch wie ein heiserer Fasan. Lebend fuhr er auf einen unsichtbaren Gegner los. Wie ein Pau sein Rad schlägt, so stellte er den sonst gefestigten Federbusch steil über sich. Es sah aus, als wüchse ihm ein Strauß von abenteuerlichen Strohblumen aus dem Rücken. Minutenlang verweilte er so, im Takt mit den Flügeln schlagend. Verborg sich im Gebüsch ein Weibchen, das er mit dem glühenden Strahlentanz seines Gefieders berücken wollte? Hier im Käfig war er allein. Aber sein Verlangen schwoh über Rufen und Knarrentiefe und flatterte zwischen riesigen Mangroven.

Auf den Papuanischen Inseln nordwestlich von Neuguinea lebt der rote Paradiesvogel, ein schlanker ungestümter Vogel von der Größe eines Eichelhäfers. Sein Rücken ist kühlgelb wie Vanille-Eis. Die metallgrünen Federn über den Augen ragen hervor wie zwei kleine Hörner. Smaragdgrün schillert die Kehle. Brust und Flügel dümmern rotbraun. Die Schmuckfederbüsche aber leuchten weinrot. Die mittleren Schwanzfedern sind wie ein dünner Eisendraht einen halben Meter lang ausgezogen, und an ihrem Ende wippt eine kleine Spirale. Die aschblauen Füße sind viel zu groß; derbe Klauen sitzen daran.

Mit zuckenden Bewegungen rubert er fortwährend umher, so viel schwächlicher er ist, hat er doch etwas von der mutigsten Haltung des Kuerhabins.

Die Paradiesvögel leben auf geheimnisvoll verschwiegene Weise. Sie nähren sich hauptsächlich von Früchten. Bei dem geringsten Laut flüchten sie in die Nacht und belausen Wipfel, annähernd spielend weiden sie den Erdboden und verlassen die Baumkronen höchstens, um aus einem Loch zu trinken.

Der Ruf des roten Paradiesvogels ist flüsternd und hell, viermal hintereinander stößt er ihn mit emporgeworfenem Schnabel aus. Am meisten ähnelt er dem Regenruf unseres Schwarzspechtes.

Die Melanesier, die schwarzen Ureinwohner jener fernem Inseln, wolkhaarig, Ketten von Rucheln an Hals und Armen, schleichen mit Pfeil und Bogen den Paradiesvogel aus lustiger Höhe. Und so edel ist dieses Gefieder, daß selbst die Wilden sich scheuen, es der Verwesung anheimfallen zu lassen. Sie balsamieren die Bälge in Wäse ein.

Zu Zeiten einer tödlich überladenen Mode drohte den Vögeln Verderb und Ausrottung. Ich habe einen Paradiesvogeljäger kennen gelernt. Er war ein tollkühner talentangreicher Mann. Zwölf Jahre zog er mit seiner Flinte durch die Fieberwälder, bergauf, bergab, zu Gast in den Hütten der Dorfhäuptlinge. Tausende der schönen Vögel erlegte er. Bis sich die Partier Modistinnen besannen, daß man Hüte auch anders als mit toten Tieren garnieren kann. Nachdem der Paradiesvogeljäger sein Vermögen in Monte Carlo verspielt hatte, ging er nach Alaska, um Gold zu graben.

Nur von der Größe einer Singdrossel ist der Königsparadiesvogel. Er ist mit dem Ornat der Dogen von Venedig

angetan, blutrot sind seine Schwingen. Der Oberkopf ist etwas heller, wie das Fleisch einer Kirfische. Die Brust ist in eine Fradwaffe von gelockertem Weiß gekleidet. Ueber den Augen trauert ein schwarzer Harkeinsack. Ein smaragdgrünes Keilchen säumt ein rauchbraunes Halsstuch. Zwei fadenförmige Steuerfedern sind eigensinnig weit aus dem Schwanz herausgedreht. Der Schnabel ist honiggelb. Die Füße sind kobaltblau. Vor den eigentlichen Flügeln hat er ein zweites Paar grüner Flügelchen an den Seiten der Brust sitzen, die er aber nicht zum Fliegen benutzt, sondern nur eitel ausbreitet.

Sein Ruf ist etwa „Ort ort ort“, ein eigentümlicher Laut von der Stärke des Hühnergaderns. Rosh und sprunghaft ist sein Wesen. Er schaukelt sich auf einem Zweig dicht über der Erde, turnt daran wie an einem Red und erhascht eine Beere, ohne den Zweig aus den Füssen zu lassen. Seine Heimat sind die Inseln Rifju, Salavati und Neuguinea. Seine Augen sind so fremd, als habe er sich aus einer Mondlandschaft zu uns verirrt.

Die beschriebenen drei Arten habe ich in der Gefangenschaft belauscht, der blaue Paradiesvogel ist mir noch nie zu Gesicht gekommen. Ich kenne ihn nur von Abbildungen. Er muß der allerhöchste sein. Samtschwarz, grün und blau ist sein Gefieder. Er hat die Farben des tropischen Himmels und der Schwertlilien. Nur in den hohen Gebirgen des östlichen Neuguinea lebt er, und ich weiß nicht, ob man ihn jemals in Europa gehalten hat.

Er, der Unbekannte, der in den unzugänglichen Casuarinen- und Eukalypten-Wäldern wohnt, ist mir wie ein Traum. Ich kann glauben, daß es ihn gibt, und ich kann mit auch einflüstern, daß es ihn nicht gibt, daß sein Bild aus der Einbildung eines berauschten Malers entstanden ist. Seine Schönheit ist verwunderlich, überschwänglich und unbegreiflich.

Chinesische Friedhöfe

Eine zahllose Menge spitzer Erdhäufen breitet sich allmählich aus bis an den Rand des Meeres. Es sind nichts als Gräber, wahllos verstreut, wie vom Himmel herabgerenget in dieser unfruchtbaren, von Salz verpanzerten Fläche. Friedhöfe gibt es nicht in China, darum findet man Gräber außerhalb der Stadt überall. „Was für den Lebendigen der Atem, das sind für die Toten die Knochen“, lehrt ein Chineser den anderen. Und so schützen und erhalten die Lebendigen von heute in einer einzigartigen Totenknechtschaft alle Gräber des Landes, auch die aus den längst vergessenen Generationen. China hat über 400 Millionen Einwohner, doch kaum weniger Gräber. Verbrennung findet nur selten statt; die Bauern begraben ihre Toten auf den Weidern, die anderen belegen die dem Staat gehörenden Debländereien, die Bergabhänge und das Meeresufer. Drei- oder viermal in der chinesischen Geschichte haben allgemeine Gräbervernichtungen stattgefunden, jedesmal beim Wechsel von Dynastien; die letzte beim Antritt der Ringdynastie im Ausgang des vierzehnten Jahrhunderts. Die Randschubdynastie, die im siebzehnten Jahrhundert die Regierung antrat, ließ die Gräber des Volkes nicht zerstören, wie sie auch die Gräfte der Ringdynastie verschonte. Es klingt sehr seltsam, aber durch dieses pietätvolle Verhalten verlagten die Randschubdynastie dem Lande eine Wohlthat, nach der es dringend verlangte. Wären alle Gräber Chinas seit mehr als dreitausend Jahren noch vorhanden, so würde wohl kaum noch ein Platz für die Lebenden übrig sein. Aber es genügt auch, daß seit einem halben Jahrtausend in China kein Grab mehr zerstört worden ist, um bei der unablässigen Schwärzung des Bodenschlitzes eine Bodenkrise herbeizuführen. Die Berge bei Kanton und Kantsing, die Küstenflächen in der Nähe der großen Seestädte sind ungeheure Totenfelder. Bei manchen Städten wird schon der Raum für die Bestattung der Toten unerschwinglich. Das Volk würde im alten China aus sich heraus niemals gewagt haben, die alten Gräber dem Erdboden gleichzumachen. In dem neuen China beginnt allmählich eine Beseitigung der Gräber. Man hat ausgerechnet, daß China durch eine allgemeine Beseitigung seiner Gräber ein Gebiet von der Größe Deutschlands neu gewinnen würde. Auch die Anlage neuer Straßen und Siedlungen, der Bau von Eisenbahnen und Bergwerken würde unendlich viel leichter vor sich gehen als in der Gegenwart, wo der Ingenieur auf die Ruhe der Toten peinliche Rücksicht nehmen muß. Es gab schon vor der Revolution in China viele Chinesen, die behaupteten, daß in China ein Dynastiewechsel notwendig sei, damit wieder eine allgemeine Gräbervernichtung das Land erleichtere und nicht am Ende die Zahl der Toten die Lebenden verdränge.

Allons Paquet.

Abwehr gegen die Spaltung.

Der Zimmererverband greift durch.

Die kommunistische Partei hatte aus Moskau den Befehl erhalten und an ihre Anhänger in den deutschen Gewerkschaften weitergegeben, auferlegte Kohlkämpfe zu entfachen und Delegierte zu einem kommunistischen Gewerkschaftskongress zu wählen.

Bei den Rohrlegern, den Drechern, den Tabakarbeitern und den Arbeitern des graphischen Gewerbes ist bereits versucht worden, kommunistische Gewerkschaften aufzubauen.

Die Berliner Zahlstelle des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands befindet sich seit Jahren unter der Diktatur einer rein kommunistischen Ortsverwaltung.

ein Befehl ihrer Partei höher als die Beschlüsse ihrer Gewerkschaftsorganisation.

Das ging so weit, daß auf Antrag der Ortsverwaltung aus Verbandsmitteln, und zwar aus den Mitteln der Lokalkasse, zur Unterstützung des antigewerkschaftlichen Rohrlegerstreiks 25 000 Mark bewilligt wurden.

Der Hauptvorstand des Zentralverbandes der Zimmerer hat beim Landgericht in Hamburg eine einstweilige Verfügung erwirkt gegen den 1. Vorsitzenden Wilhelm Kopschläger, den 2. Vorsitzenden Paul Schif, den 1. Kassierer Adolf Ihm, den 2. Kassierer Hermann Gumpz, den Schriftführer Oswald Throno, die Beisitzer Reinhold Krenz, Paul Anders, Johann Brose, Otto Jager, Franz Hoppe und Paul Brauer.

Legungsstelle des Amtsgerichts Berlin zu überweisen und etwaige im Besitz der Bank für die Zahlstelle oder deren Beauftragten befindliche Wertpapiere und Wertgegenstände an den zuständigen Berliner Gerichtsvollzieher als Sequester herauszugeben.

Diese einstweilige Verfügung ist bereits durchgeführt worden. Sie hat den Zweck,

zu verhüten, daß die kommunistische Ortsverwaltung das Verbandsvermögen mitschminkt und entsprechend den Anweisungen der kommunistischen Partei verwendet.

Der Hauptvorstand des Zentralverbandes der Zimmerer hat gleichzeitig die notwendigen Maßnahmen ergriffen, um eine geordnete Fortführung der Geschäfte zu ermöglichen und die Rechte der Mitglieder sicherzustellen.

Wenn der Zentralvorstand der Zimmerer nunmehr endlich durchgegriffen hat, so wird jeder objektive denkende Gewerkschafter zugeben, daß er die Schuld, mit der er dem Treiben der kommunistischen Ortsverwaltung seit Jahren zugegeben hat, aufs äußerste getrieben hat.

Verbandsgelder zur Unterstützung notorisch antigewerkschaftlicher Unternehmungen herzugeben, ist für keine Organisation zu ertragen.

Wir möchten einmal — um einen entsprechenden Vergleich zu ziehen — die kommunistische Zelle sehen, die Gelder zur Unterstützung des Wahlkampfes der Sozialdemokratischen Partei hergibt.

Nicht anders haben aber die Kopschläger und Genossen mit der Hergabe von 25 000 Mark für die Riederkirchner-Deute gehandelt. Bei den Kommunisten ist ja die Begriffsverwirrung schon so weit vorgeschritten, daß sie organisierte Arbeiter, die zu tariflichen Bedingungen arbeiten, als Streikbrecher bekämpfen und mißhandeln.

hat ausdrücklich angekündigt, daß der antigewerkschaftliche Rohrlegerstreik nur ein Vorpostengefecht war und daß solche antigewerkschaftlichen Kämpfe nunmehr im großen aufgezogen werden sollen.

Sie läßt überall von ihren Getreuen Delegierte zu ihrem kommunistischen Gewerkschaftskongress wählen. In der kommunistischen Partei und somit in der Ortsverwaltung des Zimmererverbandes scheint man der Meinung zu sein, daß die Gewerkschaften die Pflicht hätten, dieser Zerstörungsarbeit ruhig zuzusehen.

Das ist nun freilich ein Irrtum. Es kann kein Mitglied der Gewerkschaften im Zweifel darüber sein, daß jede direkte oder indirekte Unterstützung dieser Zerstörungsarbeit unvereinbar ist mit der Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft.

Die Gewerkschaften werden sich mit unerbittlicher Energie gegen alle Versuche wehren, die offen darauf hinauslaufen, die Beschlüsse der Gewerkschaften zu verletzen und letzten Endes die Gewerkschaften selbst zu spalten.

Einigung im Bauanschlägergewerbe. Die Unternehmer geben nach.

Im Berliner Bauanschlägergewerbe war es vor kurzem wegen der Errichtung eines paritätischen Nachweises zu einem ersten Konflikt gekommen. Nachdem sich die Unternehmer zuerst bereit erklärt hatten, gemeinsam mit dem Metallarbeiterverband beim Landesarbeitsamt die Errichtung einer Fachabteilung für das Berliner Bauanschlägergewerbe zu beantragen, zeigten sie sich plötzlich gegenüber den Arbeitlosen der Organisation hinsichtlich der Handhabung der Arbeitslosenvermittlung halsstarrig.

Der Ernst der Situation war nun auch den Unternehmern klar geworden, so daß sie zur Einigung die Hand boten. Vorbehaltlich der Zustimmung der Bauanschläger kam eine Vereinbarung zustande, in der die Vorschläge des Metallarbeiterverbandes grundsätzlich anerkannt wurden.

Künstliche Augen fertigen n.a. Natur... BERLIN NW7, Georgenstr. 42, I am Bahnhof Friedrichstraße vom 1. bis 4. Mai 1929.

Theater, Lichtspiele usw.

Tiedmann's staunend billige Spirituosen u. Weine trotz erstklassiger Qualitäten!

Rechter Jamaika-Rum... Feinster Jamaika-Rum... Feinster Jamaika-Rum... Feinster Jamaika-Rum...

Rechter Pilsener... Feinster Pilsener... Feinster Pilsener... Feinster Pilsener...

Rechter Pilsener... Feinster Pilsener... Feinster Pilsener... Feinster Pilsener...

Bernhard Tiedmann Likörfabrik u. Weinergroßhandlung... Zentrale: O12, Fruchtstr. 5-6. Alex. 4086

Freitag, 1. 11. Staats-Oper Unter d. Linden... Staats-Oper Am Pl.d.Republ. ... Staats-Oper Am Gendarmenmarkt... Staats-Schiller-Theater Charlth.

SCALA Tägl. 2 Vorstell. 8 und 11 1/2 Uhr... Heute Premiere Zum ersten Male in Berlin Geradine u. Joe... Bernard Effe... Powers, Riesen-Tanz-Elephanten

PIAZA Tägl. 5 u. 8 1/2 Sonnt. 2, 3 u. 8 Alex. E. 4. 8066 INTERNAT. VARIETE Heute Premiere Grosses Schauspielhaus 8 Uhr: 3 Mustetiere

BS das Zeichen, dem Sie vertrauen können... Höchstleistung der Herrenkonfektion in Qualität, Verarbeitung, Form und Billigkeit... Drei BS Spezialitäten... Das Resultat unserer Anstrengungen... Ulster aus marengo Cheviot mit Steppfutter 60.-... Ulster blaugrauer Cheviot mit Abseite u. Steppfutter, erstkl. Verarbtg. 90.-... Ulster Velour-Cheviot in modernen Farben, Ersatz für Maß 120.-... Verlangen Sie kostenlos unseren neuesten Katalog... BAER SOHN A. G. Berlin, Chausseestraße 29-30 Untergrund: Stettiner Bahnhof

Wir helfen der Jugend!

Starker Rückgang der Fürsorgeerziehung.

Das Problem der Fürsorgeerziehung, das vor einiger Zeit die Öffentlichkeit stark beschäftigt, ist in den Fachkreisen der städtischen Jugendämter seit Jahren Gegenstand eingehender Erörterungen. Wesentliches hat sich die Auffassung durchgesetzt, daß die Zwangserziehung nur als allerletztes Mittel angewandt werden dürfe. Diese Erkenntnis ist durch Anwendung vorbeugender Mittel und Ausbau der Jugendpflege praktisch durchgeführt worden.

Im Jahre 1925 konnte gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang von 15 Proz. der Fürsorgezöglinge festgestellt werden, und vom Jahre 1926 ab beträgt der Rückgang in jedem Jahr gegenüber dem Vorjahr weitere 10 Proz. Am 31. März 1929 waren 7306 Fürsorgezöglinge in Berlin vorhanden, das sind 17 Zöglinge auf 10 000 Einwohner gerechnet. Im Jahre 1927 kamen 22,02 Zöglinge auf 10 000 Einwohner. Sehr lehrreich ist ein Vergleich der Zahlen der einzelnen Bezirke. Es waren in Fürsorgeerziehung untergebracht am 31. März 1929:

Bezirk	Verwaltungsbezirk	Bevölkerung	männlich	weiblich	zusammen	auf 10 000 Einwohner				
						am 31. 3. 1929	am 31. 3. 1927			
1. Mitte		310 045	441	369	810	26,07	28,73			
2. Tiergarten		287 926	299	226	525	18,23	24,88			
3. Wedding		361 729	457	346	803	22,03	30,02			
4. Prenzlauer Berg		398 806	274	195	469	11,81	19,02			
5. Friedrichshain		337 811	392	259	651	20,16	28,08			
6. Kreuzberg		386 414	415	327	742	19,20	25,37			
7. Charlottenburg		352 738	290	201	491	13,84	18,36			
8. Spandau		125 497	166	94	260	20,72	25,81			
9. Wilmersdorf		195 530	90	74	164	8,39	11,01			
10. Reinickendorf		54 965	21	11	32	5,82	6,53			
11. Schöneberg		344 109	360	198	558	16,68	21,06			
12. Steglitz		184 717	114	71	185	10,02	14,92			
13. Tempelhof		84 044	58	44	102	12,14	15,60			
14. Neukölln		312 298	320	240	560	17,93	24,28			
15. Treptow		108 102	89	41	130	12,02	16,87			
16. Rappin		77 543	84	64	148	19,09	26,37			
17. Lichtenberg		219 045	200	121	321	14,65	19,53			
18. Weichensee		65 951	69	67	136	19,71	29,23			
19. Bantow		113 604	91	60	151	13,29	14,93			
20. Reinickendorf		184 003	74	50	124	6,25	14,40			
4 295 465						4218	3088	7306	17,00	22,02

Die zum Vergleich aufgeführten Verhältniszahlen des Jahres 1927 lassen deutlich erkennen, daß der Rückgang der Fürsorgezöglinge in fast allen Bezirken ziemlich gleichmäßig ist. Sie beweisen eine grundsätzliche Besserung in der sozialen Arbeit der Jugendämter. An Stelle der nachgehenden Fürsorge durch Zwangsmaßnahmen ist in immer steigendem Maße die vorbeugende Fürsorge und die Jugendpflege getreten. Die dank energischer sozialistischer Initiative betriebene Ausgestaltung der Familienfürsorge, die Errichtung von Kindergärten, Kinderhorten und Jugendheimen und nicht zuletzt die besonderen Hilfsmöglichkeiten für die erwerbslosen Jugendlichen haben zweifellos viele Kinder und Jugendliche vor der Fürsorgeerziehung bewahrt. Besonders erfreulich ist es, daß vorwiegend proletarische Bezirke, wie Reinickendorf, Treptow, Tempelhof, Prenzlauer Berg und Lichtenberg mit ihren Fürsorgezöglingen unter dem allgemeinen Durchschnitt bleiben.

Zu beachten ist noch die Tatsache, daß die Fürsorgeerziehung in den letzten Jahren sehr viel differenzierter geworden ist. Der größte Teil der Zöglinge ist keineswegs etwa in Erziehungsanstalten untergebracht, sondern nur 37,98 Proz., davon der größte Teil in besonderen Heilerziehungsheimen. 39,84 Proz., also mehr als ein Drittel, befinden sich in Lehre und Arbeit, und 14,06 Proz. sind in der eigenen oder in fremden Familien untergebracht. Die früher übliche Methode, einen Zögling der Fürsorgeerziehung ohne weiteres einer Anstalt zu überweisen, besteht, soweit die Berliner Jugendämter in Frage kommen, längst nicht mehr. Es wird in jedem einzelnen Falle die Frage, ob Familien- oder Anstalts-erziehung, geprüft. Freilich gibt es Kinder und Jugendliche, die auf Grund krankhafter Veranlagung oder auch auf Grund von Erziehungschäden zeitweise Anstalten, meist Heilerziehungsheimen,

überwiesen werden müssen. Man wird auch in Zukunft nicht ganz auf derartige Anstalten verzichten können. Sie aber zu modernen pädagogischen Einrichtungen umzugestalten, war das Landesjugendamt in den letzten Jahren sehr bemüht. Die Erfolge dieser Arbeit sind auch nicht ausgeblieben.

So zeigt sich auf dem Gebiete der Jugendfürsorge deutlich ein starker sozialdemokratischer Einfluß. Mag der 17. November diese günstige Entwicklung der städtischen Jugendarbeit durch einen Sieg der Sozialdemokratie weiter fördern helfen.

Streifzug durch den Wahlkampf.

„Nieder mit den städtischen Schuhreparaturwerkstätten“.

Wer Abend für Abend durch die gegnerischen Versammlungen dieses Berliner Kommunalwahlkampfes geht, wird schon die Ohren spitzen müssen, um nur ein einziges Mal das Wort Kommunalpolitik zu hören. Dafür werden mit viel Stimmenaufwand, aber um so geringerer Sachkenntnis die Herren Briand und Chamberlain, Mussolini und Stalin herbeigezogen, Versailles, Locarno und Haag in Grund und Boden verdammt, Jauchehübel über den toten Stresemann ausgegossen, die Männer der Regierung geschmäht und verleumdet, aber Wohnungsbau, Gaspreis, Jugendpflege oder Volksspeisung, ja dann reden die Referenten nicht. Es sei denn, daß sie eine geschlagene Stunde den Fall Skarek auswälzen und breittreten.

Besonders die zehn Männlein, die die Wirtschaftspartei im Stadtparlament sitzen hat, sind vollkommen aus dem Häuschen geraten: Skarek, Skarek schreien sie in die schwach besetzten Säle, höhl geben es die Wände zurück. Voran der Schneidermeister Hale, in den Germania-Sälen hat er es verkündet, daß er ins Rote Haus gehen will mit einem eisernen Besen und dafür sorgen, ja, für was wohl: „Wir werden dafür sorgen, daß endlich Schluss gemacht wird mit den Schuhreparaturwerkstätten der Stadt Berlin!“

Und nachdem Herr Hale also geendet hatte, stand Herr Reng vom Landtag auf, um Anekdoten aus Gräfenhainichen, Hanau und Breslau zu erzählen, nur nichts von Berlin, und Herr Rosath, M. d. R., in letzter Minute herbeigezogen, gab sein Scherlein dazu und donnerte in den geleerten Saal, daß die Wirtschaftspartei bis zum letzten Atemzug gegen die Grenzschließung im Osten kämpfen wird. Das ganze nennt sich dann Berliner Kommunalwahlkampf: nieder mit den Schuhreparaturwerkstätten, es lebe der Krieg gegen Polen!

Da witterten in diesen Tagen auch die Abieger der Nationalsozialisten, die übrig Gebliebenen derer um Herrn von Ramin, Morgenthauf und trommelten am Montag achtzig, neunzig Mann nach Moabit zusammen. Als Herr v. Ramin seine blechernen Phrasen hinausgeschmettert hatte, daß die alten Germanenfeelen im Saale nur so kochten, stand der Knalleffekt noch bevor. August Richter, Mitglied der SPD, und der III. Internationale, wie er zweimal beteuerte, stand auf und sang eine Rede an zu halten: „Herr v. Ramin hat in mortigen Worten zu uns gesprochen. Er sieht einen tapferen Kampf gegen den Young-Plan. Alle Deutschen müssen in einer Einheitsfront diesen Kampf mitgehen zu führen.“ Die Versammlung raste, und es nahm August Richter, stolzes Mitglied der SPD, niemand übel, als er am Schluß seiner so ergötzlichen Rede mit erhobener Faust herunterschrie: Berlin bleibt rot! Man merkt, Karische Redel ist wieder da. Der heute noch seinen Stein im Brett bei den Nazis hat, die aber Herrn v. Ramin am liebsten aufgefressen hätten, weil er daran zweifelte, daß Adolf Hitler ein Heiliger ist. Es war jedenfalls ein erhebender Akt des Berliner Kommunalwahlkampfes.

Ein paar Tage vorher hatten die Deutschnationalen ihre verhaubten schwarzweißroten Lächer entrollt und gleich drei Referenten übten sich im Aufzählen des Wortes Skarek, das natürlich alle Redorde schlug. Weit abgeschlagen endeten auf den Plätzen: Friedrich der Große und Jesus von Nazareth; ferner lesen Kommunalpolitik. Aber wie eine blinde Henne auch mal ein Korn findet, fand es der eine der drei doch heraus: „Im Norden, da bauen sich jetzt die Roten ein Luxusbad für dreieinhalb Millionen, aber bei uns im

Westen zerfallen die Schulen“ und lief krebstot an. „Hört, hört“, tauschten die alten Leuten unten im Saal und häbberten noch lange angeregt über den herrlichen Wahlschlager der Deutschnationalen: „Berliner, wachst euch unter der Plümpe!“

Der Zirkus soll schlechte Geschäfte machen bei einer derartigen Konturrenz.

Sven Scholanders Abschied.

Der alte und dennoch immer noch jugendfrische Troubadour des Lautengefanges, Sven Scholander, will in diesem Jahre endgültig Abschied von uns nehmen. Eine überfüllte Veranstaltung des Volkshausvereins Friedrichshain ließ in diesen Tagen nochmals die Kunst des Meisters voll zur Geltung kommen. Scholander schien frischer und lebenskräftiger denn je. Seine Stärke ist die Pantomime in feiner musikalischer Umrandung. Bis ins feinste wiedergegeben traten seine Schöpfungen vor ein begeisterungsfreudiges Publikum. Lebhaft begrüßt wurden auch die Duette mit Margarete Brehm als Helferin. Zum letztenmal sang Sven Scholander vor der Arbeiterbevölkerung des Berliner Ostens. In nicht endenwollendem Beifall klangen Dank und innige Wünsche für den ferneren Lebensweg des nunmehr bald Siebzigerjährigen wider.

Bei dieser Gelegenheit sei auf ein anderes wichtiges Problem der Bildungstätigkeit im alten Berliner Osten hingewiesen. Nirgends findet man hier geeignete schöne Konzertsäle und Vortragssäle. Nun, da die Benutzung der Schulaulen für öffentliche Veranstaltungen aus baupolizeilichen Gründen untersagt ist, verdient das Bestreben der Bezirkskörperschaften im Friedrichshain nach Schaffung guter Bildungsstätten besonders Förderung durch die verantwortlichen zentralen Stellen. Die jetzt herrschende ungeheure Raumnot droht alle positive Arbeit zunichte zu machen. Man möge also endlich auch hier dem Drängen unserer Genossen in den kommunalen Körperschaften nachgeben und fruchtbringender Bildungstätigkeit würdige Stätten öffnen.

Neue Kinderheime im Bezirk Lichtenberg.

Das Bezirksamt Lichtenberg wird am 2. November 1929 das neue Kinderhaus an der Simpsonstraße der Öffentlichkeit übergeben. Das Haus enthält eine Tagesstube, einen Kindergarten und einen Kinderhort. Ueber die besonderen Einrichtungen werden wir nach der Eröffnung ausführlich berichten.

Das Kinderheim in dem Reubankhof an der Kräftestraße in Friedrichshain konnte wegen des Rohrlagerstreiks noch nicht fertiggestellt werden. Leider stehen auch die vom Magistrat angeforderten Mittel für die Heimbenutzung noch aus. Mit der Eröffnung des Heimes wird deshalb in diesem Jahre leider nicht mehr zu rechnen sein.

Der Ortsteil Friedrichsfelde-Karshorst besaß ein Jugendheim an der Straße Alt-Friedrichsfelde, das seiner unzulänglichen Räume wegen aber nicht den mindesten Anforderungen genügte. Das Jugendamt Lichtenberg hat deshalb, als das Katasteramt aus dem Amtsgebäude Treslawallee 44 aussog, die freigewordenen Räume zu einem Jugendheim ausgebaut. Das neue Heim verfügt über einen großen Raum für 50 Jugendliche und über einen kleineren für 20 Jugendliche. Daneben ist noch ein Garderobenraum mit eingebauten Schränken zur Aufnahme der Vereinsgeräte vorhanden. Sämtliche Räume haben einen geschmackvollen, modernen Anstrich und künstlerischen Wandschmuck. Farbige Möbel passen sich stilvoll der Einrichtung an. Neben einer reichen Auswahl von Gegenständen zur Belehrung und Unterhaltung der Jugendlichen verfügt das Heim auch über eine Radioanlage. Die Anschaffung einer Lichtbildanlage und eines Koffertinos ist in Aussicht genommen.

Die Spareinlagen der städtischen Sparkasse.

Die Spareinlagen bei der Sparkasse der Stadt Berlin sind im September 1929 um 6 550 301 Mark (im Vormonat 6 328 576 Mark) auf 376,8 Millionen Mark gestiegen. Die Zahl der Sparkonten ist im Berichtsmonat um 13 289 (13 136) auf 756 860 angewachsen.

Bei der Berliner Stadtbank — Girozentrale der Stadt Berlin — betragen die Kreditoren nach der Monatsbilanz für den 30. September d. J. 206,7 Millionen Mark. Im Spar Giroverkehr (kommun. Giroverkehr) wurden im Berichtsmonat 102 345 Posten mit 265 744 648 Mark im Eingang und 58 400 Posten mit 229 113 984 Mark im Ausgang ausgeführt.

Grosser Kaffee-Preisabschlag

alle Sorten **20 Pfg. d. Pfd. billiger**

Unsere Spezialitäten: **Mk. 3,40 u. 4,00 d. Pfd.**
IN NEUEN MISCHUNGEN u. VERBESSERTEN QUALITÄTEN

Sonderangebot Freitag u. Sonnabend
Marke Kaffeekanne **JETZT 1,75 1/2 Pfd.**
Marke Kaffeekanne Extra **JETZT 1,90 1/2 Pfd.**



KAISER'S KAFFEE GESCHÄFT

5% RABATT IN MARKEN

ÜBER 1000 FILIALEN

Die
Sozialdemokratie
rechnet
am 17. November
auf Dich!



Aus der Arbeit der Bezirke.

Annahme des Haushaltsplanes.

1. Bezirk - Mitte.

Bei der zweiten Lesung des Haushaltsplanes wurden die Vorschläge des Haushaltsausschusses, über die Genosse Riese zusammenfassend berichtete, mit großer Mehrheit en bloc angenommen. Einstimmig angenommen wurde auch ein Antrag des Bezirksamtes, zur Anschaffung eines Kofferlinoapparates, der den Jugendorganisationen des Bezirks zur Verfügung stehen soll, 1500 M. zu bewilligen. Die Bezirksversammlung mußte sich dann mit Anträgen der SPD zum Erwerbsteuervereinerungsgesetz und zum Rohrlagerstreik beschäftigen. Genosse Weinberg antwortete den kommunistischen Maulhelden. Ein Nies folgte dem andern, und die Gesichter der Kommunisten wurden immer länger, als sie sich so vor ihren Anhängern auf der Tribüne abtanzeln lassen mußten.

Die Anträge der Kommunisten wurden gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt, die diesmal sogar den üblichen Rabau abtanzeln lassen mußten.

Frankfurter Allee bekommt wieder Bäume.

5. Bezirk - Friedrichshain.

Auf Antrag der Kommunisten fand am Mittwoch erneut eine außerordentliche Bezirksversammlung statt, die sich mit mehr als zwei Dutzend kommunistischen Resolutionsanträgen befaßte.

Es ging dieser sterbenden kommunistischen Fraktion niemals darum, fruchtbare Arbeit für den Bezirk zu leisten. Der Bezirk, der für jede Sitzung mehr als 400 M. aufwenden muß, könnte wahrlich solch nutzlos veranes Geld viel besser für das Wohl der Bevölkerung verwenden. Damit von vornherein die nötige Stimmung erzeugt wird, hatte die SPD einen sogenannten Erwerbsteuenausschuß mitgebracht, der von allen Fraktionen die unterschriftliche Unterstützung seiner Forderungen haben wollte. Wer seine Auftraggeber sind und was für eine Versammlung ihn zur Vertretung von Erwerbsteuereinteressen beauftragt hat, erlebigen sie kurz und bündig mit der Antwort: „Das geht euch gar nichts an.“ Auf der Tribüne harter er dann vergeblich auf die Beratung der Anträge, da die SPD-Fraktion die Vorkänge am 1. Mai noch dringlicher anmah, als die Schmerzen des „Erwerbsteuenausschusses“. Von beachtenswerter Wichtigkeit war lediglich eine Vorlage des Bezirksamtes am Bewilligung von 38 000 M. zur Errichtung einer Kinderkrippe. Trotz der ungeheuren Kammot im Bezirk ist es der Initiative der sozialdemokratischen Mehrheit des Bezirksamtes nach langen Bemühungen gelungen, auf dem Hofe der Häusergruppe in der Weißbachstraße Platz für die Errichtung einer Kinderkrippe zu schaffen. Erfreulich war auch die Antwort eines Vertreters des Bezirksamtes auf einen Antrag unseres Genossen Gutekunst, die Große Frankfurter Straße und die Frankfurter Allee nach Fertigstellung der U-Bahn wieder mit Bäumen zu bepflanzen, daß der ganze Straßenzug wieder mit vier Baumreihen besetzt wird. Ueber die Vorgänge am 1. Mai schickten die Kommunisten Herrn Deter vor, der dieses unerfreuliche Kapitel kommunistischer Putschtätigkeit mit unerschämten Beschimpfungen unserer Genossen verächteln wollte. Mit erfreulicher Entschiedenheit wiesen unsere Genossen auf die verbrecherische Politik der Kommunisten hin. Der Tumult nahm derartige Formen an, daß sich Genosse Kaiser gezwungen sah, die Sitzung vorzeitig zu schließen.

Es ist höchste Zeit, daß die sozialdemokratische Fraktion diesem dauernden kommunistischen Spektakel ein Ende macht. Auch die wenigen noch stattfindenden Sitzungen haben wichtige kommunalpolitische Aufgaben zu erfüllen.

Wahlmache um jeden Preis.

16. Bezirk - Köpenick.

Wahnsinn in Reinkultur: „Der Ankauf des Grundstückes Grünstraße 1 durch den Magistrat bedeutet eine Vorbereitung für den imperialistischen Krieg gegen Sowjetrußland.“ So sprach in der Bezirksversammlung des 16. Verwaltungsbezirks Köpenick der Kommunist Kleine. Sein Fraktionskollege, der Reichstagsabgeordnete Kahler, behandelte eine Stunde lang die Arbeitslosenfrage, für die ein Bezirksamt nicht zuständig ist. Der Kommunist Rebe redete in dieser einzigen Sitzung mehr als zwanzigmal.

Ran begann um 18 1/2 Uhr zu lagern, nach Mitternacht dauerte die Verhandlung noch an! Freilich hatten die Kommunisten die „aktiven Revolutionäre“ von Köpenick, etwa 250 an der Zahl, aufgebeten, um Tribünen und Gänge zu füllen, und da mußte man doch, drei Wochen vor der Wahl, angeben und trompeten. Antrag für Antrag wurde durch langatmige Reden zu einer Haupt- und Staatsaktion aufgeschaukelt, bis es schließlich den schwarzweißen Verbündeten der SPD zuviel wurde und sie heftig gegen einen neuen kommunistischen Rednerausmarsch protestierten. Der gemeinsame mostowitsch-schwarzweiße Kampf ging allein gegen die Sozialdemokratie. Als positiver Ertrag des Wends ist auf der anderen Seite freilich auch nur die Annahme eines sozialdemokratischen Antrages — zur Erhaltung der Kleingartensiedlung Kammereide — zu buchen. Eine Stunde vor Mitternacht kam man zur Besprechung der Anfragen über die Betrügereien der Gebrüder Skarel, soweit diese auch den 16. Bezirk betreffen. Eine Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion um eingehende Mitteilung, in welchem Umfang auch die Köpenicker Verwaltung in Mißwirtschaft gezogen ist und inwieweit Köpenicker Verwaltungsstellen hieran beteiligt sind, wurde vom Stadtrat Herbst, dem Deponenten des Wohlfahrts- und Jugendamtes, dahingehend beantwortet, daß der Bezirk von 1925 bis 1929 für 104 000 Mark Waren bei den Skarels bezogen habe. Durch gefälschte Duplikatrechnungen, bei denen Unterschriften von Köpenicker Beamten nachgemacht worden seien, sei die Stadtbank um 1 1/4 Millionen Mark geschädigt worden. Das Bezirksamt Köpenick habe auch bei anderen Geschäftsteuten Bestellungen machen wollen. Darauf sei er vom Magistrat angewiesen worden, daß die Bezirke auf Grund der Verträge nur bei der Firma Skarel zu beziehen hätten. Das Schreiben des Magistrats trage die Unterschrift: Gähel, Stadtrat. Anfragen der Deutschnationalen und Kommunisten beziehen sich dann auf die Rolle, die der Bürgermeister des Bezirks, Genosse Kahl, bei der Skarel-Korruption gespielt habe. Die Deutschnationalen gründen ihre Anfrage allein auf die „Rote Fahne“. Der stellvertretende Bürgermeister, Stadtrat Ehrlich, gab bekannt, daß der Bürgermeister sich auf seinem ihm zustehenden Urlaub befinde, aber auf die Angriffe ein Schreiben folgenden Inhalts an ihn gerichtet habe:

Er habe sofort nach den Angriffen der „Roten Fahne“ seinem Disziplinarvorgesetzten Bürgermeister Scholz einen eingehenden Bericht erstattet. Es sei unwar, daß er die Gebrüder Skarel vor seinem Eintritt in den Aufsichtsrat der Kleiderverwertungsstelle genannt habe. Seine Wohnung in der Kleiststraße habe er in Höhe von insgesamt 40 000 Mark durch Aufnahme eines Bankkredites und monatliche Abzahlungen bezahlt. Der Bankkredit sei durch hypothetische Belastung des Hauses abgedeckt. Er habe zudem durch den Ankauf des Hauses keinerlei Vorteile gehabt. Genosse Ehrlich wies weiter darauf hin, daß der Bürgermeister durch die maßlosen Angriffe einen schweren Nervenzusammenbruch erlitten habe. Auf diese Erklärungen antworteten Kommunisten und Deutschnationale durch gemeinsame neue Attacken auf den Abwesenden. Der Deutschnationale Bier bekannte, daß ihm außer dem, was in der „Roten Fahne“ gefunden habe, nichts bekannt sei; der Kommunist behandelte sämtliche Standardoffenen von Tippelskirch bis Skarel, die natürlich nur auf das „Bündnis zwischen dem Kapitalismus und der Sozialdemokratie“ zurückzuführen sind. Unser Redner Genosse Rhode wies darauf hin, daß

mir es nicht nötig hätten, Wahren zu halten. Er beschränkte noch einmal die Rolle des kommunistischen Stadtrats Gähel, der zwar aus der SPD ausgeschlossen sei, aber noch heute im Stadtparlament in den Bänken der kommunistischen Fraktion ein- und ausginge. Die Sozialdemokratie verlange Reinigung, aber sie verlasse sich jeder Hege und jeder Lieberreibung.

Die Versammlung beschloß mit den Stimmen der Sozialdemokratie die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der die Angaben der Presse nachprüfen und alle zur Klärung der Angelegenheit nötigen Feststellungen machen soll.

Kommunistische Siedlungspolitik.

Zu dieser Notiz in der Stadtbeilage des „Vorwärts“ sendet uns die Siedlungsgenossenschaft „Kinderreiche Familie“ folgende Berichtigung.

Es ist nicht wahr, daß die Siedlungsgenossenschaft „Die kinderreiche Familie“ sich „tätlich“ erst als „neues“ Betätigungsfeld der Kommunisten aufgetan hätte. Richtig ist, daß im wesentlichen ein kommunistischer Vorstand bereits im Herbst 1927 durch den Aufsichtsrat gewählt wurde, der in ordnungsgemäßer Generalversammlung zustande kam, nachdem ein im wesentlichen sozialdemokratischer Aufsichtsrat zurückgetreten war. Falsch ist, daß eine „Mehrheit“ zusammengebracht wurde, die in einer nicht ordnungsmäßigen Generalversammlung einen kommunistischen Aufsichtsrat und Vorstand wählte; richtig ist, daß seit dem Herbst 1927 noch zwei ordnungsgemäße Generalversammlungen der Genossenschaft stattgefunden haben, nämlich im März 1928 und im März 1929. Falsch ist, daß „beim Landgericht auf Ungültigkeitserklärung der Generalversammlung“ prozessiert worden wäre, erst recht falsch ist, daß „der Prozeß jetzt in der ersten Instanz durchgeführt werden“ wäre; richtig ist vielmehr, daß niemals ein derartiger Prozeß geführt worden ist. Falsch ist daher, daß „nach diesem Urteil alle getätigten Verträge seit März 1928 ungültig“ wären. Ebenso ist falsch, daß jemals einem Mitglied der Genossenschaft die Miete gestiegen worden wäre. Falsch ist die Behauptung, „auch die Revisionsbeamten haben schon gegen die Buchführung, die nur mit Bleistift erfolgte, Einspruch erhoben“; richtig ist, daß der Revisor des Reichsverbandes Deutscher Bauerngenossenschaften bei seiner letzten Revision, ebenso wie bei allen früheren unter der derzeitigen Geschäftsführung vorgenommenen Revisionen die Buchführung als nach jeder Richtung hin korrekt bezeichnet hat.

Daß diese Berichtigung lediglich Spiegelfechterei ist, zeigt das inzwischen vom Landgericht I in der Angelegenheit erlassene Urteil. Durch den Abdruck dieses Urteils geben wir unseren Lesern die Möglichkeit, sich ein eigenes Urteil über den Wert kommunistischer „Berichtigungen“ zu bilden.

Das Urteil lautet:

In Sachen H. gegen Gemeinnützige Bau- und Siedlungsgenossenschaft „Die kinderreiche Familie“ ist im Termin vom 16. Oktober 1929 folgendes Urteil erlassen worden:

1. Der Beschluß des Aufsichtsrats und des Vorsitzenden der beklagten Genossenschaft vom 13. Februar 1929, durch welchen der Kläger als Genosse der Beklagten ausgeschlossen worden ist, ist rechtsunwirksam.
2. Die in der Generalversammlung der beklagten Genossenschaft vom 3. März 1929 gefaßten Beschlüsse, insbesondere die Beschlüsse, durch welche a) die Zusammensetzung des Aufsichtsrats, b) die Zusammensetzung des Vorstandes, c) der § 9 der Satzung, der das Ausschloßverfahren betrifft, geändert worden sind, d) die Tätigkeit der Genossenschaft in besonderen Fällen auch auf Nichtmitglieder ausgedehnt werden kann, e) bei Auflösung der Genossenschaft das Vermögen nicht der Stadt Berlin, sondern den Kreisen, in welchen das Bauvorhaben liegt, zufällt, f) die Bilanz für das Kalenderjahr 1928 genehmigt worden ist, sind auf Grund der vom Kläger vorgenommenen Anfechtung nichtig. 3. der Beklagten werden die Kosten des Rechtsstreites auferlegt.

Weitere 600 000 M. für die Schulförderpeisung.

Der Magistrat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, aus den Mitteln der Rosslandsaktion weitere 600 000 M. für die Schulförderpeisung zur Verfügung zu stellen.

Im Haushalt der Bezirksämter sind bisher 1 600 000 Reichsmark für die Kinderpeisung vorgesehen. Um jedoch diese Wohlfahrtsaktion in derselben Weise wie im vorigen Jahre durchzuführen, ist es erforderlich geworden, weitere Mittel für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen.

Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerverständnis. Warten Sie! er spricht am kommenden Sonntag, dem 8. November, vorm. 10 Uhr, im Rahmen einer religiösen Feierstunde über „Reformation“ in der Trinitatiskirche Charlottenburg, Karl-Lugwig-Platz. — Die Revolutionsfeier der Vereinigung findet am 12. November in der Färkin-Bismarck-Schule statt. Eintrittskarten sind bei Regel, Charlottenburg, Einigkeit Platz 6, zu haben. — Der Preis hierfür beträgt 50 Pf. — Nähere Angaben über Zweck und Ziele erteilt W. Schönherr, 1. Vorsitzender, Berlin-Steglitz, Schönhauser Straße 14. Fernruf Steglitz 5178.



Billige Preise

das sagt, genau betrachtet, garnichts! Wir überlassen es Ihnen, erst die Qualität unserer Herren- u. Knabenkleidung bei einem Besuch in unserem Hause zu prüfen

Unsere Strapazier-Ulster

Mäntel zu billigen Preisen, gut, modern und dauerhaft.
Mk. 39.— 48.— 55.— 68.—

Unsere Hauptpreislagen

gute Stoffe und Zutaten, sorgfältige Verarbeitung, Rott gemacht
Mk. 85.— 98.— 110.— 125.—

Unsere feinsten Ulster

Besonders elegante Mäntel in Stoff und Ausführung
Mk. 140.— 155.— 170.— 185.—

Eiders & Dyckhoff

Gertraudenstr. 8-9 An der Petrikirche